

## Die militärpolitische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Teil I)

Tiller, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tiller, H. (1995). *Die militärpolitische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Teil I)*. (Berichte / BIOst, 24-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41835>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.  
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon                              0221/5747-0,                              Telefax                              0221/5747-110

ISSN 0435-7183

## **Inhalt**

Seite

### Kurzfassung

.....  
3

#### 1. Von der Einheit zur Vielfalt - das Entstehen nationaler Militärpolitiken

.....  
6

#### 2. Die nationalen militärpolitischen Entwicklungen der nichtrussischen NFSU - Anspruch und Wirklichkeit

.....  
7

##### 2.1 Bedrohungspereptionen als Grundlage militärpolitischer Planungen.....7

##### 2.2 Militärpolitische konzeptionelle Vorstellungen der nichtrussischen NFSU.....10

##### 2.3 Der Ist-Zustand militärischer Strukturen der nichtrussischen NFSU.....18

#### 3. Die nationalen militärpolitischen Entwicklungen der nichtrussischen NFSU - ein Fazit

.....  
22

### Anhang

.....  
24

### Summary

.....  
37

31. März 1995

**Heinrich Tiller**

## **Die militärpolitische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Teil I)**

**Bericht des BIOst Nr. 24/1995**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Der nach dem Putschversuch vom August 1991 unaufhaltsame Zerfall der Sowjetunion traf die politische und militärische Führung der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (NFSU) politisch, institutionell und psychologisch weitgehend unvorbereitet. Gerade im militärischen Bereich hatten viele erhebliche Schwierigkeiten, die neuen Realitäten zu begreifen und die aus der Neuausrichtung der Staatspolitik erwachsenden Anforderungen zu bewältigen. Der eingeschlagene Weg zur Etablierung nationaler Streitkräfte und militärpolitischen Selbstfindung der NFSU ist noch keineswegs abgeschlossen.<sup>1</sup> Er ist vielmehr von einem ständigen Ringen mit den problematischen militärpolitischen Erblasten auf der einen und den oftmals nicht klar definierten und vielmals sehr unterschiedlich interpretierten Anforderungen der Zukunft auf der anderen Seite gekennzeichnet. Dabei kommt gerade den militärischen Fragen und Kräften angesichts der zahlreichen Krisen und innenpolitischen Instabilitäten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR erhebliche Bedeutung für die zukünftige Entwicklung und den Erfolg der Transformationsprozesse in dieser Region zu.

Die militärpolitischen Entwicklungen in den NFSU seit der Erlangung staatlicher Unabhängigkeit stellen sich keineswegs als einheitlicher oder zumindest in eine einheitliche Richtung verlaufender Prozeß dar. Zielrichtung, Intensität und Motivation der Aktivitäten sind nicht nur im Vergleich der Staaten untereinander sehr unterschiedlich, sie haben auch innerhalb der einzelnen Länder teilweise durchaus gravierende Wandlungen erfahren. Vor diesem Hintergrund will die folgende Analyse einen Blick auf den Stand der militärpolitischen Entwicklungen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gut drei Jahre nach deren Zerfall werfen. Ziel soll es dabei nicht sein, alle Aktivitäten in den einzelnen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion detailliert nachzuzeichnen. Die Analyse wird sich vielmehr auf relevante nationale und regionale Entwicklungen beschränken. Sie will wesentliche Aspekte der Prozesse nachzeichnen, militärpolitische Planungen und deren Bestimmungsgrößen verdeutlichen sowie Probleme bei der Umsetzung dieser aufzeigen. Dabei stehen im ersten Teil die nationalen Planungen und Entwicklungen in den nichtrussischen Nachfolgestaaten

---

<sup>1</sup> Begrifflich liegt den Ausführungen ein Verständnis zugrunde, demzufolge Militärpolitik alle Überlegungen und Aktivitäten eines Staates umfaßt, die darauf ausgerichtet sind, als Beitrag zur Gewährleistung staatlicher Sicherheit gegen externe Bedrohungen militärische Mittel, Strukturen, Verfahren und Beziehungen zu entwickeln, bereitzustellen und zu entfalten.

im Mittelpunkt.<sup>1</sup> Der zweite Teil richtet darauf aufbauend sein Augenmerk vorrangig auf die Militärpolitik Rußlands und deren Auswirkungen auf die anderen NFSU. Kernfragen sind, inwieweit die militärpolitischen Entwicklungen in den NFSU Kontinuität erkennen lassen und auf Desintegration, Reintegration oder eine neue Form der Integration ausgerichtet sind. Angesichts der Tatsache, daß einige Beobachter bereits eine Reintegration der ehemaligen Sowjetunion am Horizont heraufziehen sehen<sup>2</sup>, andere es hingegen für verfrüht halten, "... in Moskau die Hauptstadt eines neuen Imperiums zu sehen",<sup>3</sup> kommt der Frage möglicher militärpolitischer Zukunftsperspektiven für diese Region zentrale Bedeutung zu.

### *Ergebnisse*

1. Die Mehrzahl der NFSU konnte bei der Herausbildung einer eigenen nationalen Militärpolitik und dem Aufbau militärischer Strukturen nicht auf nationale militärpolitische Traditionen und Strukturen zurückgreifen. Sie begann den Prozeß vielmehr, bevor ein politischer Konsens über die Art der Bedrohungen, die erforderlichen militärischen Strukturen und die Gestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen den NFSU gefunden war. Zentrales Merkmal war das Bestreben, die erlangte staatliche Souveränität auch und gerade auf militärpolitischem Gebiet zu dokumentieren. Ausnahmslos alle NFSU begannen, eigene nationale Streitkräfte als "höchstes Symbol staatlicher Unabhängigkeit" aufzubauen. Das zentralisierte Militärsystem russischer Dominanz der Sowjetzeit wich zumindest deklaratorisch einem betont nationalen militärpolitischen Unabhängigkeitskurs. Versuche, einen gemeinsamen militärstrategischen Raum zu erhalten und zumindest in Teilen einheitliche Streitkräfte unter einem vereinten GUS-Oberkommando zu etablieren, scheiterten letztendlich am Widerstand mehrerer Nachfolgestaaten (insb. der Ukraine, Moldawiens, Georgiens und Aserbaidschans). Dennoch haben die Vereinbarungen und Kooperationen im Rahmen der GUS letztendlich wesentlich dazu beigetragen, den unkontrollierten Zusammenbruch der Sowjetarmee zu verhindern und den Weg zum Aufbau nationaler Verteidigungsstrukturen zu ebnen.
2. Bedrohungspereptionen als Grundlage militärpolitischer Planungen sind in den NFSU oftmals nur sehr diffus vorhanden und zudem innenpolitisch häufig umstritten. Als hauptsächliche militärische Risiken und wesentliche Determinanten nationaler Militärpolitik werden bewaffnete Konflikte und Krisen in und an den Grenzen der Staaten der ehemaligen Sowjetunion angesehen. Die Existenz sezessionistischer Bewegungen, potentielle territoriale Ansprüche anderer Staaten sowie Versuche externer Einflußnahmen werden neben internationalem Terrorismus, religiösem Fundamentalismus und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität nicht nur als Bedrohung innerstaatlicher Stabilität eingestuft, sondern auch als brisante Quelle einer militärischen Gefahr. Rußland wird - wenngleich nur selten offiziell politisch verlautbart - oftmals sowohl als Element wahrgenommener Bedrohungen als auch als zentraler Bestandteil eigener militärpolitischer Kooperationskonzepte betrachtet.

---

<sup>1</sup> Auf die baltischen Staaten, die allen Kooperationsbemühungen im Rahmen der GUS eine eindeutige Absage erteilt haben, soll im Folgenden nicht eingegangen werden.

<sup>2</sup> Vgl. Jurij Afanasev, Wie bewahrt man Frieden in Rußland und Rußland in der Weltgemeinschaft?, Vortrag anläßlich des Europäischen Forums Alpbach, 29.8.1994.

<sup>3</sup> Vgl. Scheitern eines GUS-Grenzvertrages, in: Neue Züricher Zeitung, 12./13.2.1995, S. 3.

3. Die militärpolitischen konzeptionellen Vorstellungen der nichtrussischen NFSU<sup>4</sup> sind unterschiedlich weit gediehen, insgesamt aber weitgehend defizitär. Die nationalen Militärpolitiken reflektieren deutlich den noch nicht abgeschlossenen Prozeß staatlicher Selbstfindung und Einordnung in die internationale Gemeinschaft. Akute innerstaatliche und/oder zwischenstaatliche Krisen erzwingen in fast allen NFSU die vorrangige Konzentration auf die kurzfristige Bewältigung dieser und behindern so die Entwicklung durchdachter militärpolitischer Konzeptionen. Gemeinsam ist allen nationalen Bestrebungen jedoch eine weitverbreitete Überschätzung nationaler Möglichkeiten, die sich vorrangig in den Prinzipien und Zielgrößen der nationalen Streitkräfteplanungen widerspiegelt. Diese überzogenen Vorstellungen erfahren erst derzeit unter dem Zwang der ökonomischen Fakten und einer damit verbundenen realistischeren Betrachtung der eigenen (Un-) Möglichkeiten eine, wenn auch zögerliche Anpassung nach unten. Die Erkenntnis, daß ökonomische Beschränkungen auch zukünftig eine, wenn nicht die wesentliche Bestimmungsgröße nationaler militärpolitischer Entwicklungen sein werden, beginnt ebenso Raum zu gewinnen, wie die Einsicht, daß die Beziehungen zu Rußland die Schlüsselfrage jedweder nationalen Militärpolitik der NFSU sind.
4. Die Betrachtung des Ist-Zustandes der militärischen Strukturen der nichtrussischen NFSU zeigt, daß alle Staaten trotz unterschiedlicher Ausgangslagen und Rahmenbedingungen mit den im Kern gleichen Problemen zu kämpfen haben. Innerstaatliche Instabilitäten und Krisen in Verbindung mit den allgegenwärtigen, gravierenden ökonomischen Schwierigkeiten haben dazu geführt, daß die geschaffenen nationalen Militärstrukturen sich in allen NFSU größtenteils in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand befinden. Die Einsatzbereitschaft militärischer Formationen ist in allen Staaten eher niedrig. Geringe Wehrwilligkeit, sinkende Moral und Disziplin, eine sich spürbar verschlechternde, innerstaatliches Konfliktpotential schaffende soziale Lage der Streitkräfteangehörigen sowie gravierende Rekrutierungsprobleme auf allen Ebenen kennzeichnen ausnahmslos den Zustand der nationalen Streitkräfte. Wartungsprobleme, zunehmende Versorgungsschwierigkeiten der Truppe und drastisch defizitäre Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten treten erschwerend hinzu. Fehlende Finanzmittel beeinträchtigen in allen Staaten nicht nur die Beseitigung der Mißstände, sie lassen zudem weder kurz- noch mittelfristig großen Raum für die Umsetzung der geplanten konzeptionellen Änderungen. Geringe Einsatzbereitschaften werden auf absehbare Zeit ebenso Realität bleiben wie die meist alternativlosen Abhängigkeiten von russischem Know-how, russischer Planungs- und Ausrüstungshilfe sowie russischer Unterstützung im Bereich der Ausbildung und Technik. Diese Abhängigkeiten werden auch zukünftig zusammen mit der konkreten Ausgestaltung russischer Politik zentrale Bestimmungsgrößen der militärpolitischen Entwicklung in den NFSU bleiben. Diese Erkenntnis hat wesentlich dazu beigetragen, militärpolitische Euphorie und Optimismus in den NFSU zunehmend durch Realitätssinn und Pragmatismus zu ersetzen.

---

<sup>4</sup> Zu den Inhalten vgl. Tabelle 2/3 im Anhang dieses Berichts.

## 1. Von der Einheit zur Vielfalt - das Entstehen nationaler Militärpolitiken

Das Ende der Sowjetunion und die damit einhergegangene Auflösung der Sowjetarmee hatte den Zerfall eines weitverzweigten, auf die Sicherung eines gemeinsamen Großraums ausgerichteten Netzwerks von militärischen Verbänden, Stützpunkten und Einrichtungen zur Folge. Das integrierte Verteidigungssystem zerbrach, wichtiges militärisches Potential ging verloren. Der einheitliche strategische Raum zerfiel in 15 nationale Territorien mit neuen Staatsgrenzen ohne geregelten Status und gesicherten Schutz. Parallel dazu ließ das Ende der Sowjetunion zahlreiche neue Konflikte und Krisen aufbrechen, die zu wachsenden Instabilitäten und Risiken in der Region führten. Sicherheitspolitisch verunsichert galt es für die sich herausbildenden neuen unabhängigen Staaten neben den Problemen der nationalen Identitätsfindung sowie der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neuorientierung auch Fragen der Bewältigung des militärischen Erbes der Sowjetarmee zu lösen. Anders als beispielsweise im ehemaligen sowjetischen Einflußbereich in Mittel- und Südosteuropa konnten die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion hierbei mehrheitlich nicht auf nationale militärpolitische Traditionen und Strukturen zurückgreifen. Die neuen unabhängigen Staaten begannen den Prozeß der Herausbildung einer eigenen nationalen Militärpolitik und den Aufbau militärischer Strukturen, bevor ein politischer Konsens über die Art der Bedrohungen, die erforderlichen militärischen Strukturen und die Gestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen den NFSU gefunden war.

Zentrales Merkmal der ersten Phase nach dem Zerfall der Sowjetunion war das Bestreben, die erlangte staatliche Souveränität auch und gerade auf militärpolitischem Gebiet zu dokumentieren. Ausnahmslos alle NFSU begannen, eigene nationale Streitkräfte als "höchstes Symbol staatlicher Unabhängigkeit" aufzubauen. Das zentralisierte Militärsystem russischer Dominanz der Sowjetzeit wich zumindest deklaratorisch einem betont nationalen militärpolitischen Unabhängigkeitskurs. Die Hoffnungen der sowjetischen, später russischen Militärführung, die Transformation des sowjetischen Verteidigungssystems könne in einer mehrjährigen Übergangsperiode erfolgen, erwiesen sich sehr bald als unrealistisch. Die nationalen Euphorien und Loslösungsbestrebungen von der Zentralgewalt Moskaus hatten insbesondere in den baltischen Staaten, in der Ukraine, in Moldawien, Georgien sowie in Aserbaidschan eine Dynamik entstehen lassen, die nicht mehr aufzuhalten war. Basierend auf der Taschkenter Einigung vom 15. Mai 1992 war der Großteil des riesigen militärischen Erbes der Sowjetunion praktisch innerhalb eines einzigen Jahres zumindest de jure auf die 15 neuen Staaten aufgeteilt worden<sup>1</sup>.

Von Rußland mit Unterstützung von Belarus und den zentralasiatischen Nachfolgestaaten (ZAS) getragene Versuche, einen gemeinsamen militärstrategischen Raum zu erhalten und zumindest in Teilen einheitliche Streitkräfte unter einem vereinten GUS-Oberkommando zu etablieren, scheiterten letztendlich am Widerstand anderer Nachfolgestaaten. Insbesondere die Ukraine, Georgien, Moldawien und Aserbaidschan erachteten angesichts der Ereignisse in den Jahren 1989-1991

---

<sup>1</sup> Zum Text der Dokumente vgl. die Übersetzung in: Stockholm International Peace Research Institut-Yearbook 1993 (World Armaments and Disarmaments), S. 671-677. Zu der vereinbarten Aufteilung der für die Sowjetunion im Rahmen des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) festgelegten Obergrenzen sowie den vermutlichen Ist-Bestände Anfang 1993 vgl. Tabelle 1 im Anhang dieses Berichts.

(blutiger Moskauer Truppeneinsatz in Georgien und Aserbaidshan, Augustputsch in Moskau) den Aufbau nationaler Streitkräfte als zwingend, ihre eigene Souveränität zu sichern, und waren bemüht, jedwede Beschränkung nationaler militärpolitischer Selbstbestimmung konsequent zu vermeiden. Der wahrgenommene Mangel einer klaren organisatorischen Trennung zwischen dem GUS-Oberkommando einerseits und dem Generalstab und Verteidigungsministerium Rußlands andererseits war dabei ein zentraler Aspekt für das Scheitern der gemeinsamen Strukturen, da gerade dieser in den Augen vieler, diesbezüglich sensibler Nachfolgestaaten den Verdacht nahelegte, das GUS-Oberkommando könnte mehr den Interessen Moskaus als denen der Staatengemeinschaft als Ganzes dienen.<sup>1</sup> Die Zeit gemeinsamer militärischer Strukturen schien auch nach außen hin sichtbar abgelaufen, als am 24. August 1993 auf einer gemeinsamen Konferenz die Außen- und Verteidigungsminister der GUS übereinkamen, das vereinte Oberkommando der GUS-Streitkräfte zum Ende des Jahres aufzulösen und zu einem "Vereinten Stab zur Koordination der militärischen Kooperation zwischen den GUS-Staaten" herabzustufen.<sup>2</sup> Dieser Schritt machte nicht nur die Schwerpunktverlagerung russischer Militärpolitik deutlich, er schaltete zudem einen vom Militärestablishment Moskaus als potentiell gefährlich erachteten Konkurrenten im Kampf um die militärpolitische Führungsrolle auf dem Gebiet der GUS aus.<sup>3</sup> Es bleibt aber - und dies ist sehr hoch zu bewerten - festzuhalten, daß die Vereinbarungen und Kooperationen im Rahmen der GUS letztendlich wesentlich dazu beigetragen haben, den unkontrollierten Zusammenbruch der Sowjetarmee zu verhindern und den Weg zum Aufbau nationaler Verteidigungsstrukturen zu ebnen.<sup>4</sup>

## **2. Die nationalen militärpolitischen Entwicklungen der nichtrussischen NFSU - Anspruch und Wirklichkeit**

### *2.1 Bedrohungspereptionen als Grundlage militärpolitischer Planungen*

Gemeinsam sind allen NFSU deren oberste militärpolitische Zielsetzungen. Jeder Staat möchte durch seine militärpolitischen Aktivitäten dazu beitragen, staatliche Souveränität und Handlungsfreiheit zu festigen und zu gewährleisten sowie die territoriale Integrität des Landes zu erhalten. Als

<sup>1</sup> Vgl. Roy Allison, Military Forces in the Soviet Successor States, in: Adelphi-Paper, Nr. 280, October 1993.

<sup>2</sup> Bereits am 15. Juni 1993 hatte der Rat der Verteidigungsminister einen entsprechenden Beschluß gefaßt, der aber wegen eines fraglichen Quorums umstritten war. Vgl. die Kritik des Sekretärs des Verteidigungsrats, Generalleutnant Leonid Ivašov, vom 5. Juli 1993, wiedergegeben in DW-Monitor-Dienst "Osteuropa", 6. Juli 1993, S. 1. Der erneuten, diesmal unstrittigen Empfehlung vom 24. August 1993 wurde dann, wenngleich vorerst als Übergangslösung bis zum Jahresende, am 24. September 1993 durch die Staatsoberhäupter der GUS zugestimmt. Die endgültige Gründung des Stabes erfolgte während des Treffens des Rats der Staatsscheffs in Aschabad am 24. Dezember 1993. Vgl. hierzu Boris Meissner, Die GUS zwischen Integrationsplänen und Krisenerscheinungen (Die GUS...), in: Osteuropa, Nr. 9/1994, S. 834-854, hier insb. S. 847; sowie Andrei Zagorski, Die Entwicklungstendenzen der GUS, in: Berichte des BIOst, 24/1994, insb. S. 10f und Anhang 1, sowie FAZ, 24.12.1993, S. 1f.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu den Bericht "Hintergründe zur Auflösung des GUS-Oberkommandos", in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 5/1993, S. 469f.

<sup>4</sup> Vgl. u.a. die zusammenfassende Darstellung der Entwicklungen bei Boris Meissner, Das politische Paktsystem innerhalb der GUS (Das politische...), in: Reader Sicherheitspolitik (Beilage zur "Information für die Truppe", Nr. 2/1995), S. 2-17; bei Bernd Weber, Die sicherheitspolitische Lage und das Militärpotential in der ehemaligen Sowjetunion, in: Osteuropa, Nr. 7/1993, S. 641-656, oder bei Andrei Zagorski/Vladimir Egorov, Die militärisch-politische Zusammenarbeit der GUS-Staaten, in: Berichte des BIOst, 18/1993.



hauptsächlich militärische Risiken und wesentliche Determinanten nationaler Militärpolitik werden bewaffnete Konflikte und Krisen in und an den Grenzen der Staaten der ehemaligen Sowjetunion angesehen. Versuche, von außerhalb Einfluß auf innerstaatliche Entwicklungen zu nehmen, die bis hin zu politischer Erpressung reichen können, werden als Bedrohungsverschärfung empfunden. Die Existenz secessionistischer Bewegungen, die entschlossen sind, Staatsgrenzen gewaltsam zu verändern, aber auch potentielle territoriale Ansprüche anderer Staaten werden als weitere militärische Bedrohung wahrgenommen. Internationaler Terrorismus, religiöser Fundamentalismus sowie organisierte, grenzüberschreitende Kriminalität werden in allen NFSU nicht nur als Gefahr für die innerstaatliche Stabilität angesehen, sondern auch als brisante Quelle einer militärischen Gefahr, auf die es sich militärpolitisch einzustellen gilt.<sup>1</sup> Zeigen die NFSU in dieser allgemeinen Bedrohungsperzeption durchaus weitgehende Übereinstimmung, führt deren Konkretisierung und Priorisierung zu deutlich feststellbaren Differenzierungen.

In der *Ukraine*, die offiziell kein Feindbild hat, gibt es erhebliche Auffassungsunterschiede über den Charakter möglicher Bedrohungen der nationalen Sicherheit. Dessenungeachtet zeigen die Formulierungen der im Oktober 1993 verabschiedeten Militärdoktrin<sup>2</sup> wie auch Äußerungen einer Reihe Politiker und Militärs, daß Rußland ob seiner regionalen Ambitionen, seines militärischen Potentials und seiner innenpolitischen Instabilitäten als wesentlicher externer Risikofaktor für die nationale Sicherheit gesehen wird.<sup>3</sup> Wirtschaftliche und/oder politische Erpressungsversuche Rußlands werden ebenso gefürchtet wie ein Schüren und Ausnutzen ethnischer Spannungen innerhalb der Ukraine. Inhalt und Art der Auseinandersetzung in den letzten Jahren über den Status der Krim und die Zukunft der Schwarzmeerflotte haben derartige Befürchtungen genauso verstärkt, wie zunehmend öffentlich verkündete Großmachtsansprüche und innenpolitische Instabilitäten in Rußland.<sup>4</sup>

Anders als in der Ukraine werden mögliche Expansionsbestrebungen Rußlands in *Belarus* lediglich in den Kreisen der zunehmend an Einfluß verlierenden Nationalisten als Gefahr für die Sicherheit des Landes gesehen.<sup>5</sup> Bedrohungen werden - wenn überhaupt - angesichts existenter Minderheiten

<sup>1</sup> Vgl. u.a. National Centre for Strategic Initiatives, European Integration and Political Aspects of National Security of the Newly Independent States - Proceedings of the International Conference in Minsk (June 10-12, 1993) sowie Allison, a.a.O.

<sup>2</sup> Die Militärdoktrin der Ukraine wurde am 19.10.1993 durch das ukrainische Parlament verabschiedet und in der offiziellen Parlamentszeitung "Holos Ukraine" veröffentlicht. Die Ausführungen dieses Berichts stützen sich ab auf die russische Übersetzung "Voennaja doktrina Ukrainy", in: Voennaja Mysl', Nr. 10/1993, S. 17-24.

<sup>3</sup> Vgl. Olga Alexandrova, Ukraine, in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen in Ost- und Mitteleuropa, Berichte des BIOst, 43/1993, S. 17-22, und diess., Mißtrauen gegen den großen Nachbarn, in: Information für die Truppe, Nr. 5/1994, S. 44-49.

<sup>4</sup> Vgl. John F. Dunn, Ukraine's Continuing Security Dilemmas: A Summary Update, in: Oekraïne en de Europese stabiliteit (Kolloquium-Bericht des belgischen Koninklijk Hoger Instituut voor Defensie vom 7.12. 1994); F. Stephen Larrabee/Allen Lynch/Georg Bautzmann, Ukraine in Future European Architectures and Security Environments (Internationale Konferenz in Ebenhausen am 22./23. November 1993); Frank Umbach, The Security of an Independent Ukraine, in: Janes's Intelligence Review, Nr. 3/1994, S. 114-116, sowie Olga Alexandrova, Perzeptionen der auswärtigen Sicherheit in der Ukraine, in: Berichte des BIOst, 40/1993.

<sup>5</sup> Aktuell deutlich wurden diese Einschätzungen wieder anläßlich der Unterzeichnung des russisch-belarussischen Vertrags über Freundschaft, gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit am 21.2.1995, der seitens der Opposition als Gefahr für die Unabhängigkeit des Landes bewertet wird. Vgl. die Presseerklärungen belarussischer Oppositionspolitiker wiedergegeben in: BBC-Monitoring - Summary of World Broadcasts (SWB)/Former USSR, Nr. SU/2238, 27.2.1995, S. D/1f.

sowie einer wahrgenommenen ostwärtigen Umdislozierung polnischer Streitkräfte eher in einem Aufleben "polnischen Romantizismus" in Verbindung mit möglichen territorialen Ansprüchen Polens erwartet. Grenzkonflikte mit der Ukraine werden als denkbar, aber wenig wahrscheinlich angesehen.<sup>1</sup> Gerade in jüngster Zeit wird zunehmend der "enorme Wunsch einzelner Staaten des ehemals sozialistischen Lagers, Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses zu werden" und das daraus folgende Heranrücken dieses Blocks an die Westgrenzen des Landes als besorgniserregend und die Existenz belarussischer Streitkräfte begründend angeführt.<sup>2</sup>

Die transkaukasischen Staaten und Moldawien sind seit dem Ende der Sowjetunion mehr oder weniger konstant Schauplatz meist interethnischer Konflikte und Kriege. Von inneren Machtkämpfen gekennzeichnet sehen sich fast alle mit secessionistischen Bewegungen, die die Staatsgrenzen verändern wollen, konfrontiert. Als Bedrohung empfundene Autonomiebestrebungen prägen sowohl für *Georgien* (Südossetien und Abchasien) wie auch *Moldawien* (Transdnjestr, Gaugasien) auf absehbare Zeit als strategische Herausforderung erster Priorität das militärpolitische Denken und Handeln. Dies gilt umso mehr, als diese Konflikte bisher bereits Arena für externe Einflußnahmen - insbesondere Rußlands - waren. Für *Armenien* und *Aserbaidtschan* sind wahrgenommene Bedrohungen vorwiegend mit dem Konflikt um die Enklave Nagornyj Karabach verbunden. Armenien sieht neben den vermutlich noch auf lange Sicht belasteten Beziehungen mit Aserbaidtschan eine mögliche Ausweitung dieses "unerklärten Krieges" auf die aserische Enklave Nachitschewan sowie ein mögliches türkisches und/oder iranisches Engagement, das bis hin zu einem als realistisch angesehenen Risiko einer direkten militärischen Intervention reicht, als Hauptgefahr für seine Sicherheit. Für Aserbaidtschan steht angesichts der eigenen militärischen Schwäche die latente Gefahr territorialer Verluste und daraus resultierender verschärfter innerer Instabilitäten im Vordergrund wahrgenommener Risiken. Die als interventionistisch und Armenien unterstützend empfundene Politik Rußlands sowie das Schicksal der Aseris in Armenien und im Iran werden als weitere Gefahrenquellen eingestuft. Für alle transkaukasischen Staaten stellt die Gefahr eines Übergreifens bestehender oder zukünftiger Konflikte und Instabilitäten in benachbarten Regionen (Türkei, Iran, Nordkaukasus) eine zusätzliche Herausforderung ihrer Sicherheit dar.<sup>3</sup>

Regionale, meist innenpolitisch begründete Instabilitäten und deren mögliches Übergreifen auf andere Staaten bilden auch in der Sicht der *zentralasiatischen Staaten* (ZAS) die Hauptgefahr für die nationale Sicherheit. Innenpolitische Labilität als Folge wirtschaftlicher und sozialer Krisen sowie ethnischer und territorialer Spannungen ist stets mit dem Risiko externer Einflußnahmen, aber auch zwischenstaatlicher Interessenkonflikte innerhalb der Gruppe der zentralasiatischen Nachfolgestaaten verbunden. Die sowohl von Rußland als auch den ZAS besonders hervorgehobene Gefahr der Ausbreitung eines "islamischen Fundamentalismus" wird oftmals bewußt überzeichnet

<sup>1</sup> Zur Sicherheitsperzeption Belarus' vgl. u.a. Ural Latypov, *Neutrality as a Factor in Belorussian Security Policy*, in: *European Security*, Nr. 3/1994, S. 552-556; Dmitri V. Trenin, *Der sicherheitspolitische Balanceakt Belarus'*, in: Hans-Joachim Gießmann/Frank S. Roediger (Hrsg.), *Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa*, Bremen 1994, S. 116-135, sowie Frank Umbach, *Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Orientierungen Weißrußlands*, in: *Osteuropa*, Nr. 3/1994, S. 242-255.

<sup>2</sup> So z.B. der belarussische Präsident, Aleksandr Lukašenko, wiedergegeben in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland* (FHS), 21.2.1995, S. 11.

<sup>3</sup> Vgl. Phillip Petersen, *Security Policy in Post-Soviet Transcaucasus*, in: *European Security*, Nr. 1/1994, S. 1-57, sowie Elizabeth Fuller, *The Transcaucasus*, in: RFE/RL Research-Report, Nr. 16/1994, S. 38-41.

und instrumentalisiert, um repressive Politik im Inneren sowie externe Einflußnahmen in der Region zu rechtfertigen.<sup>1</sup>

## *2.2 Militärpolitische konzeptionelle Vorstellungen der nichtrussischen NFSU*

Die Erarbeitung militärpolitischer Konzepte und Planungen in den nichtrussischen NFSU ist unterschiedlich weit gediehen, insgesamt aber weitgehend defizitär. Insbesondere in den direkt von bewaffneten Auseinandersetzungen betroffenen Staaten werden die nationalen militärpolitischen Bemühungen vorrangig auf die Befriedigung des sich daraus ergebenden Sofortbedarfs ausgerichtet. Für einen konzeptionell durchdachten und gesteuerten Aufbau militärischer Strukturen blieb dabei kaum Raum. Innenpolitische Macht- und Richtungskämpfe und das daraus resultierende Offenhalten der Ausrichtung der gesamten staatlichen Politik taten in vielen Staaten ein übriges, die Ausarbeitung konzeptioneller Verteidigungsvorstellungen zu beeinträchtigen. Vor allem aber sind es die drängenderen Problemen innenpolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilisierung, die in allen mit den Folgen der frischen Unabhängigkeit kämpfenden Staaten knappe politische und ökonomische Ressourcen binden und die Ausarbeitung und Umsetzung militärpolitischer Ideen verzögern. In vielen, vor allem den nichtslawischen NFSU tritt zudem ein gravierendes Fehlen militärischer und militärpolitischer Expertise hinzu, das wesentlich zu dem immer noch als rudimentär zu bezeichnenden Stand konzeptioneller Grundlagenarbeit in diesen Staaten beiträgt.

Dennoch sind in allen nichtrussischen Nachfolgestaaten gewisse, wenn auch unterschiedlich tief gehende militärpolitische Zielvorstellungen zu erkennen. Gemeinsam ist der Militärpolitik aller NFSU die erklärte Zielsetzung, als Symbol und Garant staatlicher Unabhängigkeit nationale Streitkräfte zu besitzen. Deren Aufbau und Aufgabenstellung soll dabei in allen Staaten vom Prinzip der "defensiven Hinlänglichkeit" geprägt sein. Alle Staaten bekunden, keinen Staat losgelöst von dessen Verhalten a priori als Feind zu betrachten. Nachdem inzwischen nach langwierigen innenpolitischen Auseinandersetzungen auch die Ukraine dem Nichtverbreitungsvertrag als Nichtnuklearmacht beigetreten ist<sup>2</sup>, bekennen sich alle nichtrussischen NFSU zur Nuklearwaffenfreiheit als Kernprinzip nationaler Militärpolitik. Eine weitere Gemeinsamkeit ist der erst allmählich aufzuweichen beginnende, gravierende Mangel an finanzpolitischer Realität, der den konzeptionellen Vorstellungen der militärpolitischen Planer der NFSU zugrunde liegt. Dies hat zur Folge, daß eine Reihe Prinzipien aus der russischen und auch westlichen Streitkräfte reformdebatte offensichtlich recht unkritisch übernommen und als zumindest mittelfristig unrealistische Planungsziele für die eigenen nationalen Streitkräfte festgeschrieben wurden. Neben einem meist überzogenen, an der Bevölkerungszahl festgemachten Streitkräfteumfang<sup>3</sup> spiegelt sich dies vor allem in den verfolgten Strukturprinzipien wider. Nahezu ausnahmslos streben alle NFSU nach

<sup>1</sup> Vgl. Uwe Halbach, "Failing States"? - Nationale, staatliche und ökonomische Festigkeit der südlichen GUS-Länder (Teil I u. II), Berichte des BIOst, 20 u. 21/1994.

<sup>2</sup> Nachdem das ukrainische Parlament am 16.11.1994 mit großer Mehrheit ein diesbezügliches Gesetz verabschiedet und die Ukraine in einem Protokoll von den USA, von Rußland und von Großbritannien Sicherheitsgarantien erhalten hatte, unterzeichnete Präsident Leonid Kučma am 5.12.1994 formell den Nichtverbreitungsvertrag für nukleare Waffen (NPT-Vertrag). Vgl. Bruce Clark, Ukraine signs up to treaty on nuclear non-proliferation, in: Financial Times, 6.12.1994, S. 2.

<sup>3</sup> Als Richtwert hatte sich in den NFSU nach dem Zerfall der Sowjetarmee weitgehend die im Vergleich zu westlichen Streitkräftestärken eher hohe Marge von ein Prozent des Bevölkerungsumfangs eingebürgert.

"Professionalität" (d.h. einem hohen Anteil an Berufs- und Zeitsoldaten), "Mobilität" (d.h. rascher Verlegbarkeit von Personal und Material) und "Modernität" (d.h. fortlaufender Erhaltung möglichst moderner Bewaffnung und Ausrüstung) als (kostenträchtige!) Charakteristika ihrer nationalen Streitkräfte.

Neben diesen Gemeinsamkeiten sind die militärpolitischen Konzeptionen und Planungen jedoch auch von einer Reihe von Unterschieden gekennzeichnet. Diese haben ihren Ursprung neben den verschiedenen außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen und abweichenden Bedrohungswahrnehmungen vorrangig in der erhaltenen, nach Art und Umfang sehr unterschiedlichen "Erbmasse" der ehemaligen Sowjetarmee sowie den sehr stark sich unterscheidenden ökonomischen, personellen, infrastrukturellen etc. Potentialen des Landes. Hauptsächlicher Kristallisationspunkt der unterschiedlichen Zielsetzungen ist die Frage der Art und Intensität der militärpolitischen Kooperation mit Rußland. Das eine Extrem in der Beantwortung dieser Frage repräsentieren die Ukraine und Moldawien, die aus vorwiegend wirtschaftlichen Überlegungen zwar der GUS angehören, aber deren militärpolitische Aktivitäten und Übereinkünfte weitgehend ablehnen. Die *Ukraine* will auf dem Prinzip der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten militärpolitische Beziehungen mit anderen Staaten aufbauen und sich in eine zu schaffende europäische Sicherheitsstruktur auf bilateraler, regionaler und globaler Ebene eingliedern. Eine Zugehörigkeit zu einem Militärblock wird jedoch abgelehnt.<sup>2</sup> Mit dem Amtsantritt Präsident Kutschmas ist die Verbesserung auch der militärpolitischen Beziehungen zu Rußland und der GUS eine Aufgabe hoher Priorität geworden.<sup>3</sup> Die ukrainische Militärpolitik scheint zusehends von dem sie lange Zeit kennzeichnenden Antagonismus abzugehen und verstärkt darauf abzielen, pragmatisch eigene ukrainische Interessen in gemeinsame Vereinbarungen einzubringen. Weiterhin werden jedoch alle Ansätze blockiert, die eine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine befürchten lassen könnten. Deutlich wurde dies gerade erst wieder anlässlich des GUS-Gipfeltreffens in Almaty am 10. Februar 1995, als eine ursprünglich als bindender Pakt geplante Übereinkunft über Stabilität und Frieden nicht zuletzt als Folge ukrainischer Widerstände nur als unverbindliches Memorandum verabschiedet werden konnte.<sup>4</sup> Militärpolitische Kooperation wird vorrangig auf das Gebiet der Militärtechnologie begrenzt. Hier wird sie jedoch spürbar zu intensivieren versucht.<sup>5</sup> Wenngleich das Interesse und wohl auch der ökonomische Zwang, sich am Aufbau eines einheitlichen Systems der

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die Darstellungen bei Allison, a.a.O.

<sup>2</sup> Dies haben Präsident Leonid Kučma und Verteidigungsminister Valeri Šmarov nach ihrem Amtsantritt mehrmals deutlich gemacht. Vgl. z.B. ihre Erklärungen in FHS, 2.2.1995, S. 8, bzw. FHS, 29.8.1994, S. 41. Zur Zielsetzung generell vgl. Alexandrova, *Perzeptionen...*, insb. S. 5-10 u. 26-30, sowie Charles Dick, *The Military Doctrine of Ukraine*, in: *Jane's Intelligence Review*, Nr. 3/1994, S. 117-119.

<sup>3</sup> Vgl. Taras Kuzio, *Ukraine since the Elections-From Romanticism to Pragmatism*, in: *Jane's Intelligence Review*, Nr. 12/1994, S. 567-571.

<sup>4</sup> Vgl. Stephen Erlanger, *CIS Summit Fails to Agree On Security And Trade*, in: *International Herald Tribune*, 11.2.1995, S. 1, 5. Der ukrainische Außenminister, Gennadi Udovenko, kommentierte die Übereinkunft mit den Worten, ein für alle Unterzeichnerstaaten bindender Pakt widerspräche den Interessen der Ukraine. Vgl. INTERFAX-Interview, wiedergegeben in: FHS, 13.2.1995, S. 15.

<sup>5</sup> Vgl. Matthew Kaminski, *Russia, Ukraine step up arms co-operation*, in: *Financial Times*, 20.2.1995, S. 2, oder die REUTER-Meldung über den geplanten Verkauf ukrainischer Nuklearbomber an Rußland, in: FHS, 16.2.1995, S. 5f.

Luftverteidigung der Länder der GUS zu beteiligen, sichtbar größer wird,<sup>1</sup> stehen gemeinsame militärische Aktionen oder gar ein militärisches Bündnis nach wie vor völlig außer Frage. Die Ukraine will vielmehr national militärische Strukturen schaffen, die in der Lage sind, mögliche Aggressionen jedes Staates oder jeder Staatenkoalition aus allen Richtungen abzuschrecken bzw. zurückzuschlagen. Der bis zum Jahr 2000 hierzu angestrebte Personalumfang der ukrainischen Streitkräfte wurde zwar gegenüber ersten Planungen (450.000 Mann) auf inzwischen 250.000 Mann reduziert. Dennoch gehen die nach wie vor existenten Bestrebungen nach einer hochtechnisierten, modernst ausgerüsteten, Luftmacht und luftbewegliche Operationen betonenden und operative Mobilität zum Schlüsselprinzip erhebenden Streitkraft mit einem sukzessiv zu einer Berufsmarine auszubauenden Kern an "Vertragssoldaten" an den Möglichkeiten des Landes vorbei. Dies gilt auch für die Forderungen nach einem Erhalt umfassender militärischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Mobilmachungskapazität.<sup>2</sup>

*Moldawien* sieht als vorrangige militärpolitische Aufgaben die Lösung der Transdnjestr-Krise und der Gaugasen-Frage, den Abzug der russischen Truppen aus dem Lande sowie den Aufbau einer eigenen Verteidigungsstruktur. Moldawien hat den militärischen Bruch mit Moskau konsequent aufrechtzuerhalten versucht und ist bis heute nicht dem Vertrag über kollektive Sicherheit beigetreten. Es will sich beim Aufbau eigener Streitkräfte weitgehend an Kiew, langfristig wohl auch an Rumänien orientieren. Trotz nicht unerheblicher Proteste in Moskau ist es Moldawien im Oktober 1994 gelungen, mit Rußland den Abzug der 14. Armee im Verlauf von drei Jahren zu vereinbaren.<sup>3</sup> Da dieser Abzug jedoch nach wie vor innerhalb des russischen Militärs, unter den Angehörigen der 14. Armee sowie in der (russischen) Bevölkerung Transdnjestrs weitgehend abgelehnt wird, ist seine konkrete Umsetzung durchaus fraglich.<sup>4</sup> Kernziel moldawischer Militärpolitik ist der Aufbau einer relativ kleinen, aber effektiven, modern ausgerüsteten und mobilen Streitmacht, die in Verbindung mit einem großen Mobilisierungspotential eine Aggression von außen abschrecken und notfalls abwehren kann. Entgegen der ursprünglichen Planung (15.000 Mann) strebt das moldawische Verteidigungsministerium derzeit offiziell eine Gesamtstärke von 20.000 Berufssoldaten zuzüglich eines Kontingents von etwa 400.000 Reservisten an. Es ist aber selbst in Kischinjaw mehr als fraglich, ob das Parlament auf absehbare Zeit mehr Finanzmittel als für den Erhalt der derzeitigen

---

<sup>1</sup> Präsident Leonid Kuëma äußerte sich Anfang Februar 1995 überzeugt, die Ukraine werde sich an der Schaffung eines GUS-Luftabwehrsystems beteiligen. Vgl. Interview mit INTERFAX-Ukraina, wiedergegeben in FHS, 13.2.1995, S. 14. Der Befehlshaber der Luftverteidigungstruppen der Ukraine, Generalleutnant Michail Lopatin, rechtfertigte ein diesbezüglich anlässlich des GUS-Gipfeltreffens in Almaty am 10.2.1995 unterzeichnetes Abkommen mit den fehlenden Alternativen seines Landes. Vgl. ITAR-TASS Meldung, wiedergegeben in FHS, 21.2.1995, S. 15.

<sup>2</sup> Zu den ukrainischen Planungen vgl. u.a. Andreas Heinemann-Grüder, *Durch Atomwaffen zur Nation?*, in: Hans-Joachim Gießmann/Frank S. Roediger (Hrsg.), *Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa*, Bremen 1994, S. 136-161; Allison, a.a.O., S. 36-44, sowie Vladimir Ruban, *Die Ukraine etabliert sich als Militärmacht*, in: *Moscow News*, Nr. 9/1992, S. 6.

<sup>3</sup> Vgl. die Erklärung des moldawischen Präsidenten Mircea Snegur, wiedergegeben in: SWB, SU/2168, 2.12. 1994, S. S1/2f.

<sup>4</sup> Vgl. die kritischen Äußerungen des Kommandeurs der 14. Armee, Generalleutnant Aleksandr Lebed, und des russischen Generalstabschefs, Generaloberst Georgij Kondratev, wiedergegeben in: SWB, SU/2166, 30.11.1994, S. D/6f. Vgl. auch Phillip Petersen, *Moldova-Improving the Prospects for Peace*, in: *Jane's Intelligence Review*, Nr. 9/1994, S. 396-400, sowie die Artikel von Svetlana Gamova in: *Izvestija*, 12.8.1994, S. 2, und Pavel Felgengauer in: *Segodnja*, 12.8.1994, S. 2.

Personalstärke von ca. 10.000 Mann erforderlich bereitstellen wird.<sup>1</sup>

*Aserbaidtschan* hat wie die Ukraine und Moldawien lange Zeit eine enge militärpolitische Kooperation im GUS-Rahmen abgelehnt. Als Folge der innenpolitischen Umwälzungen 1993 und gezielter russischer Einflußnahmen sowie angesichts einer sich zunehmend abzeichnenden militärischen Niederlage in der Auseinandersetzung um Nagornyj Karabach<sup>2</sup> hat es jedoch seine militärpolitischen Zielsetzungen modifiziert und der Kooperation mit der GUS und vor allem Rußland einen höheren Stellenwert eingeräumt. Aserbaidtschan ist im September 1993 dem Vertrag über kollektive Sicherheit beigetreten<sup>3</sup> und steht mit Rußland vor dem Abschluß von Verhandlungen, die diesem auf Pachtbasis die Nutzung militärischer Infrastruktur im Lande gestatten sollen.<sup>4</sup> Weitergehenden Stationierungswünschen Rußlands, wie der Vereinbarung permanent genutzter russischer Basen, konnte sich Aserbaidtschan bisher erfolgreich widersetzen.<sup>5</sup> Der Konflikt um Nagornyj Karabach hat zusammen mit einer von heftigen Machtkämpfen und Intrigen gekennzeichneten innenpolitischen Lage dazu geführt, daß militärpolitische Planungen und Konzepte Aserbaidtschans nur sehr rudimentär vorhanden sind. Die wenigen erkennbaren Ansätze lassen den angestrebten Aufbau einer bis 1996 etwa 30-35.000 Mann umfassenden Streitmacht erkennen, die je zur Hälfte aus Vertragssoldaten und Wehrpflichtigen bestehen soll. Als Kernstück geplante hochmobile Brigaden sollen nahe dem Konfliktgebiet mit Armenien konzentriert sein.<sup>6</sup>

*Georgien* versuchte ebenfalls lange Zeit, sein oberstes militärpolitisches Ziel, die Wahrung der territorialen Integrität unter Einschluß Süd-Ossetiens und Abchasiens, durch eine Politik betonter nationaler Eigenständigkeit und bewußter Abgrenzung zu Rußland und den gemeinsamen militärpolitischen Ansätzen im Rahmen der GUS zu gewährleisten. Die aus den Sezessionsbestrebungen in Abchasien und Süd-Ossetien resultierenden Konflikte, der Bürgerkrieg des Jahres 1993 sowie die massiv von Rußland beeinflusste militärische Niederlage in Abchasien<sup>7</sup> haben jedoch nachhaltig den Gang und die Zielrichtung georgischer Militärpolitik beeinflusst und zu einer folgeschweren Renaissance und Festigung russischen Einflusses und russischer Militärpräsenz in diesem Lande geführt. Georgien war es bis 1994 nicht gelungen, verlässliche nationale Streitkräfte aufzubauen und ein glaubwürdiges Militärkonzept zu erarbeiten. Erst mit der in Folge der Annäherung und Zugeständnisse an Rußland "erkauften" Stärkung der Position Schewardnadses und der Besetzung

---

<sup>1</sup> Vgl. Leonid Iwlew, *Moldowa - Sicherheit ohne Zukunft?*, in: Hans-Joachim Gießmann/Frank S. Roediger (Hrsg.), *Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa*, Bremen 1994, S. 162-179; Allison, a.a.O., S. 63- 71, sowie Reinhard Herden, *Schlechte Nachrichten aus einem zerborstenen Imperium*, in: *Wehrausbildung*, Nr. 3/1994, S. 124-131.

<sup>2</sup> Vgl. Halbach, a.a.O., insb. Teil II, S. 21ff.

<sup>3</sup> Vgl. Elizabeth Fuller, *Azerbaijan to Rejoin CIS*, in: RFE/RL-News Brief, Nr. 39/1993, S. 7f.

<sup>4</sup> Verhandlungsgegenstand ist die hochmoderne Raketenfrühwarnstation in Gabale. Vgl. Interview des russischen Verteidigungsministers, Pavel Graëv, wiedergegeben in: FHS, 13.6.1994, S. 39, sowie Elizabeth Fuller, *Russian strategy in the Transcaucasus since the Demise of the USSR*, Berichte des BIOst, 40/1994, S. 22f.

<sup>5</sup> Russische Wünsche beziehen sich vorrangig auf den Aufbau eines einheitlichen Luftverteidigungssystems, einen gemeinsamen Grenzschutz sowie eine mögliche Stationierung von "Peacekeeping"-Truppen. Vgl. *Der Tschetschenien-Krieg in nachbarlicher Sicht*, in: *Neue Züricher Zeitung*, 31.12.1994, S. 6.

<sup>6</sup> Vgl. Allison, a.a.O., S. 54-62, sowie Richard Woff, *The Armed Forces of Azerbaijan (Azerbaijan...)*, in: *Jane's Intelligence Review*, Nr. 10/1993, S. 459-462.

<sup>7</sup> Vgl. Renée de Novers, *Russia's Strategic Renovation*, Adelphi-Paper, Nr. 289/1994, insb. S. 51ff.

militärischer Spitzenpositionen mit moskau-freundlicheren Offizieren Anfang 1994<sup>1</sup> konnte der Prozeß des Aufbaus nationaler Streitkräfte konsequenter angegangen werden. Die Bestrebungen zielen nunmehr auf die Schaffung einer Berufsarmee nach us-amerikanischem bzw. israelischem Vorbild, deren geplanter Umfang von ursprünglich unrealistischen 65.000 auf nunmehr ca. 20.000 Mann zurückgenommen wurde.<sup>2</sup> Innerhalb der politischen und militärischen Führung Georgiens gibt man sich inzwischen keinerlei Illusionen darüber hin, daß russische Präsenz im Lande derzeit nicht nur für die äußere und innere Sicherheit Georgiens unverzichtbar, sondern russische Hilfe und Kooperation auch für den Aufbau einer effektiven georgischen Armee notwendige Voraussetzung ist.<sup>3</sup> Der zu zahlende Preis besteht neben der Anwesenheit eines starken russischen Peacekeeping-Kontingents für Abchasien<sup>4</sup> und einer inzwischen vereinbarten langfristigen Stationierung russischer Truppen im Lande<sup>5</sup> vor allem in dem bis dato vehement abgelehnten Beitritt Georgiens zur GUS sowie zum Vertrag über kollektive Sicherheit.<sup>6</sup> Eine Reihe zusätzlicher bilateraler militärpolitischer Abkommen regelt sowohl den Status und die Rolle der russischen Streitkräfte in Georgien als auch Form und Inhalt der beidseitigen Kooperation.<sup>7</sup> Diese Abkommen tragen wesentlich dazu bei, russische Präsenz und russischen Einfluß im Transkaukasus zu sichern und die schon ins Wanken geratene strategische Position Moskaus in der Region zu konsolidieren.

*Armeniens* Militärpolitik ist seit Anbeginn staatlicher Unabhängigkeit durch den Nagornyj Karabach-Konflikt bestimmt. Sie basiert auf der Überzeugung, daß nationale Sicherheit nach dem gescheiterten Versuch, vereinte GUS-Streitkräfte zu erhalten, ausschließlich in engem Schulterschuß mit Rußland zu gewährleisten sei. Trotz des Beschlusses, nationale Selbstverteidigungskräfte aufzustellen, wurde der Verbleib russischer Truppen im Lande als wichtige Stabilitätsgarantie gesehen.<sup>8</sup> Mit der Unterzeichnung des Vertrags über kollektive Sicherheit sowie eines gegenseitigen Verteidigungspakts mit Moskau legte Armenien bereits frühzeitig auch formal die Basis für eine enge, durchaus Tradition besitzende russisch-armenische militärische Allianz.<sup>9</sup> Im Rahmen bilateraler Stationierungsverträge hat diese inzwischen sogar zu gemeinsam betriebenen und genutzten militärischen Einrichtungen, wie beispielsweise der Jagdflugzeugbasis Juschnij bei Jerewan geführt.<sup>10</sup> Die in Erarbeitung befindliche Verteidigungsdoktrin Armeniens soll

---

<sup>1</sup> Vgl. Richard Woff, The Armed Forces of Georgia (Georgia..), in: Jane's Intelligence Review, Nr. 7/1993, S. 307-310, und Richard Woff, The Armed Forces of Georgia - an Update (Update...), in: Jane's Intelligence Review, Nr. 12/1994, S. 559-561.

<sup>2</sup> Vgl. Herden, a.a.O.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. die Äußerungen des georgischen Verteidigungsministers, Generalleutnant Vardiko Nadibaidse, in: SWB, SU/2145, 5.11.1995, S. F/1.

<sup>4</sup> Russischen Angaben zufolge befinden sich etwa 3.000 "Friedenswächter" im Lande. Vgl. Roy Allison, Russian Peacekeeping - Capabilities and Doctrine, in: Jane's Intelligence Review, Nr. 12/1994, S. 544-547.

<sup>5</sup> Vereinbart wurde die Stationierung in den drei Garnisonen Wasiani bei Tiflis, Akhalkalaki und Batumi. Vgl. SWB, SU/2130, 19.10.1994, S. F/3; SU/2134, 24.10.1994, S. S1/2 und SU/2185, 22.12.1994, S. S1/2.

<sup>6</sup> Der Beitritt, für den sich Präsident Ševardnadse am 9.10.1993 ausgesprochen hatte, wurde durch die Zustimmung des georgischen Parlaments am 9.12.1993 vollzogen. Vgl. Boris Meissner, Die GUS ..., hier S. 850.

<sup>7</sup> Vgl. z.B. Fred Hiatt, Georgia Signs Military Pact To Rejoin Russian Sphere, in: International Herald Tribune, 4.2.1994, S. 1, und Iberia News Agency, wiedergegeben in: SWB, SU/2143, 3.11.1994, S. S1/4.

<sup>8</sup> Vgl. Weber, a.a.O., S. 649.

<sup>9</sup> Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Sicherheit vom 29.12.1991 war das erste derartige Abkommen nach dem Zerfall der Sowjetunion. Vgl. Meissner, Das politische ..., S. 19.

<sup>10</sup> Vgl. ITAR-TASS Bericht, wiedergegeben in: SWB, SU/2192, 4.1.1995, S. S1/2.

ausschließlich an dem Prinzip hinlänglicher Verteidigungsfähigkeit ausgerichtet sein, wobei hierunter vor allem die Fähigkeit verstanden wird, einem möglichen militärischen Angriff Aserbaidschans und/oder der Türkei zu begegnen. Das Konzept Armeniens sieht keine gestaffelte Verteidigung vor, sondern setzt auf eine rasch verlegbare, zu selbständiger und beweglicher Kampfführung befähigte Berufsarmee, in der nach gesetzlicher Vorgabe 30.-35.000, nach jüngeren Verlautbarungen jedoch eher nur 15-20.000 Mann unter Waffen stehen sollen.<sup>1</sup>

Die ZAS haben sich für enge bilaterale Beziehungen mit Rußland entschieden, von Anbeginn auf eine Politik der kollektiven Sicherheit im GUS-Rahmen gesetzt und ihre Militärpolitik in diesem Sinne gestaltet. Sicherlich als Folge in erheblichem Maße fehlender Expertise, aber auch aus der Überzeugung heraus, daß ihre nationalen Streitkräfte im Falle einer Aggression stets mit Rußland gemeinsam operieren würden, haben die zentralasiatischen Nachfolgestaaten in ihrem Versuch, nationale Militärdoktrinen und -konzepte zu entwickeln, wenig Fortschritte erzielt. *Kasachstan*, das bis zuletzt das Konzept vereinter GUS-Streitkräfte aktiv unterstützte, sieht nach wie vor alle Versuche, in nationalen Alleingängen Sicherheit garantieren zu wollen, als unrealistisch an.<sup>2</sup> Es ist deshalb aktiv darauf bedacht, sich eine Verteidigungsarchitektur militärpolitischer Beziehungen und Garantien zu schaffen, die die nationale staatliche Sicherheit auf verschiedenen Ebenen gewährleistet.<sup>3</sup> Kasachstan, einer der Erstunterzeichner des Vertrages über kollektive Sicherheit, mißt neben seinen Bemühungen dessen praktische Relevanz zu stärken und eventuell zu einer neuen euroasiatischen Union auszubauen, bilateralen Beziehungen eine bedeutenden Rolle bei. Kasachstan hatte sich bereits früh mit Moskau auf die Verteidigung in einer gemeinsamen militär-strategischen Zone auf der Basis abgestimmter Militärdoktrinen sowie die gemeinsame Nutzung und Kontrolle des Luftraumes, der Militärbasen und der Verteidigungsinfrastruktur geeinigt.<sup>4</sup> Im Januar 1995 haben Rußland und Kasachstan der militärpolitischen Kooperation eine neue Qualität verliehen, indem sie bereits für dieses Jahr die Schaffung vereinter russisch-kasachischer Truppenteile auf der Basis gemeinsamer Einsatzplanungen, Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung vereinbart haben.<sup>5</sup> Die seit mehreren Jahren "in Arbeit" befindliche, aber bis heute noch nicht verabschiedete Militärdoktrin Kasachstans läßt in ihren bekanntgewordenen Grundsätzen den Aufbau rein konventionell und defensiv ausgerichteter Streitkräfte erkennen, die im Verteidigungsfall durch Truppen des Innenministeriums und der Präsidentengarde verstärkt werden sollen. Die Rekrutierung des benötigten Personals soll auf der Basis eines gemischten Systems länger dienender Vertragssoldaten und Wehrdienstleistender erfolgen und bis etwa 1996/98 die revidierte Zielgröße von 50.000 Mann erreichen<sup>6</sup>. Nach wie vor wird am Aufbau mobiler, schlagkräftiger Eingreifkräfte als Kern der kaukasischen Armee festge-

<sup>1</sup> Vgl. u.a. Allison, a.a.O., S. 67-71 und Richard Woff, *The Armed Forces of Armenia (Armenia...)*, in: *Jane's Intelligence Review*, Nr. 10/1994, S. 387-391.

<sup>2</sup> Vgl. Dmitri Vertkin, *Kazakhstan: Independence and Armed Forces*, in: *Defense Analysis*, Nr. 10/1994, S. 67-77.

<sup>3</sup> Vgl. Umrserik Kasenow, *Die kasachische Außenpolitik und die nationale Sicherheitsstrategie*, in: *Osteuropa*, Nr. 8/1994, S. A 440-445.

<sup>4</sup> Vgl. Meissner, *Das politische...*, sowie Krasnaja Swesda, 21.8.1992, S. 3.

<sup>5</sup> Vgl. Chrystia Freeland, *Kazhaks, Russia 'in move to union'*, in: *Financial Times*, 24.1.1995, S. 5, sowie ITAR-TASS Meldung, wiedergegeben in: *FHS*, 23.1.1995, S. 5. Angeblich kam man dabei auch überein, entgegen früheren Planungen russische Kernsprengköpfe nicht zu vernichten, sondern zu erhalten. Vgl. *NZZ*, 27.1.1995, S. 2.

<sup>6</sup> Ursprünglich war von einem Soll bis zu 0,9 Prozent der Bevölkerung, d.h. etwa 150.000 Mann, die Rede. Vgl. Allison, a.a.O., S. 59ff.



halten.<sup>1</sup>

*Usbekistans* Militärpolitik hat die Sicherung staatlicher Unabhängigkeit sowie eines eigenständigen politischen Kurses im Rahmen der GUS zum Ziele. Das Land stützt sich auf eine enge militärpolitische Kooperation mit Rußland, dem es als Garant für die Sicherheit Usbekistans und als Motor für den Aufbau nationaler Militärstrukturen hohe Priorität einräumt. Usbekistan strebt die Schaffung zumindest teilweise zu raschen mobilen Operationen befähigter, gut ausgerüsteter Streitkräfte an. Aus Vertragssoldaten und Grundwehrdienstleistenden bestehend soll deren Gesamtumfang letztendlich bei etwa 35.000 Mann liegen.<sup>2</sup> Ein klares militärpolitisches Konzept *Kirgistans* ist nicht bekannt geworden. Die spärlichen Vorstellungen lassen erkennen, daß es seine nationale Sicherheit in einem System kollektiver Sicherheit verwirklichen will und der engen Kooperation mit Rußland und der GUS Priorität einräumt. Hierzu hat Kirgistan den beabsichtigten Aufbau von Streitkräften in einem Gesamtumfang von etwa 30.000 Mann angekündigt. Realistischer dürften jedoch Überlegungen sein, die von einer kleinen, stark gekaderten, maximal 8.000 Mann umfassenden Streitmacht ausgehen, die im Verteidigungsfall gemeinsam mit russischen Kräften und einer nationalen 11.000 Mann starken Reserve auf der Basis von Guerilla-Taktiken operieren soll.<sup>3</sup>

*Turkmenistan* versucht im Rahmen seiner Militärpolitik zum einen seine staatliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu wahren, sich dabei aber andererseits einen möglichst eigenständigen Weg offenzuhalten. Turkmenistan ist zwar Mitglied der GUS, geht aber allen Verpflichtungen, die seine nationalen politischen Optionen zu begrenzen drohen, aus dem Weg. So ist Turkmenistan als einzige der zentralasiatischen Nachfolgerepubliken auch nicht Mitglied im kollektiven Sicherheitsvertrag. Es baut seine Beziehungen zu den anderen GUS-Mitgliedern vorrangig auf bilateraler Ebene auf. Eindeutiger militärpolitischer Schwerpunkt ist eine enge Anlehnung an Rußland. Diese nahm bis Ende 1993 die Form eines quasi-russischen militärischen Protektorats an, bei dem die nationalen Streitkräfte Turkmenistans unter einem gemeinsamen turkmenisch-russischen Kommando geführt und ausgebildet wurden, während alle Luft- und Luftverteidigungskräfte sowie die Grenztruppen im Lande unter ausschließlich russischer Kontrolle und Führung verblieben. Als Folge nicht erfolgter Übernahme finanzieller Lasten durch Turkmenistan kam es Ende 1993 zur Aufkündigung dieser Vereinbarung. Seit Anfang 1994 hat Turkmenistan die alleinige Kontrolle über die auf seinem Territorium befindlichen, bereits nationalisierten Kräfte, trägt dafür aber auch die volle Last der Finanzierung und Versorgung. Russische Unterstützung als Ausgleich für den weiteren Verbleib der nicht nationalisierten, unter russischer Kontrolle stehenden Kräfte im Lande wurde im Rahmen umfassender Abkommen zur militärpolitischen Kooperation zugesichert.<sup>4</sup> Turkmenistan scheint auch weiterhin auf eine gemeinsame Planung mit Rußlands Verteidigungsministerium zu bauen, um die angestrebten, auf eine Stärke von 40.000 Mann ausgelegten nationalen

---

<sup>1</sup> Vgl. Allison, a.a.O., S. 59ff.

<sup>2</sup> Vgl. Richard Woff, Independence and the Uzbek Armed Forces (Independence...), in: Jane's Intelligence Review, Nr. 12/1993, S. 567-571, sowie IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Zur militärpolitischen Lage und Streitkräfteentwicklung im Raum der ehemaligen Sowjetunion, Heft Nr. 7-8/1994.

<sup>3</sup> Vgl. Richard Woff, The Armed Forces of Kyrgyzstan (Kyrgyzstan...), in: Jane's Intelligence Review, Nr. 5/ 1994, S. 228-231, sowie Allison, a.a.O., S. 59ff.

<sup>4</sup> Vgl. Richard Woff, The Armed Forces of Turkmenistan (Turkmenistan...), in: Jane's Intelligence Review, Nr. 3/1994, S. 132-135, sowie Allison, a.a.O., S. 62.

Streitkräfte zu schaffen.<sup>1</sup>

*Tadschikistans* Militärpolitik ist zur Gänze durch den in und an seinen Grenzen tobenden Bürgerkrieg bestimmt. Die Beendigung der Kämpfe bei gleichzeitigem Erhalt der territorialen Unversehrtheit ist oberstes militärpolitisches Ziel der tadschikischen Führung. Sie ist dabei fast völlig von Rußland und dessen aktivem Eingreifen auf Seiten der Regierungstruppen abhängig. Russischen Grenztruppen wird noch auf lange Sicht und selbst nach einem Ende der direkten bewaffneten Auseinandersetzungen die Hauptrolle beim Schutz der tadschikischen Grenzen zufallen, da der Aufbau adäquater tadschikischer Strukturen noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Die derzeit erkennbaren rudimentären Planungen sehen die Schaffung einer nationalen Armee von maximal 20.000 Soldaten vor, deren Kern die bestehenden nationalen bewaffneten Gruppierungen der innere Truppen und Milizverbände sowie langfristig die im Lande befindliche, zur Übernahme vorgesehene 201. (russische) MotSchützen-Division bilden sollen.<sup>2</sup>

Die Beziehungen von *Belarus* zu Rußland sind trotz zuweilen deklaratorischer Distanzierung gerade auf militärpolitischem Gebiet weitgehend eng geblieben. Die Gründe hierfür liegen zum einen in einer tief verwurzelten historischen Identität mit Rußland und einem gering entwickelten Bewußtsein eigener nationaler Identität, zum anderen aber auch in der bereits sehr früh wahrgenommene Beschränktheit eigener, allein nationaler Sicherheitsvorsorge. Hinzu tritt gerade im militärpolitischen Bereich ein kontinuierlich ungebrochener Einfluß von großteils ethnisch russischen Offizieren, die bereits im ehemaligen belorussischen Militärbezirk der Sowjetunion Führungsfunktionen innegehabt und gemeinsam mit anderen gleichinteressierten Gruppierungen (Vertreter der Rüstungsindustrie, Kreise im Obersten Sowjet) als beständige Integrationsklammer zu Rußland gewirkt haben.<sup>3</sup> Trotz dieser engen Anlehnung an Moskau entwickelte Minsk durchaus eigene nationale militärpolitische Vorstellungen, als deren Kernprinzipien die Militärdoktrin vom November 1992 die "Kriegsverhütung", die "Nuklearwaffenfreiheit" sowie die "bewaffnete Neutralität" formuliert.<sup>4</sup> Daß gerade letzterer Grundsatz sehr weit von der Realität entfernt ist, zeigen nicht nur die innenpolitischen Diskussionen der Jahre 1993/1994, bei denen dieses Prinzip zunehmend weniger eine Rolle gespielt hat, sondern auch der Verlauf der belorussischen Militärpolitik. Die spätestens seit dem Frühjahr 1993 sich deutlich zeigende Tendenz einer zunehmend offeneren Annäherung an Rußland läßt ein spezifisch belorussisches Konzept einer Neutralität nicht erkennen. Vielmehr lassen die nach wie vor gegebene Präsenz russischer Streitkräfte und die vielfältige faktische Abhängigkeit von sowie die bewußt gesuchte Anbindung an diese nicht zu, daß Belarus auf absehbare Zeit wirklich neutral werden kann.<sup>5</sup> Es ist unwahrscheinlich, daß sich Belarus trotz seines selbstpropagierten Neutralitätsgrundsatzes nur auf nationale Kräfte zu seiner Verteidigung verlassen wird. Äußerungen des neugewählten Präsidenten Lukaschenko, er wolle die Annäherung an Rußland im militärischen Bereich beschleunigen, da dies für die Sicherheit des Landes wie auch den

---

<sup>1</sup> Vgl. Herden, a.a.O.

<sup>2</sup> IAP-Dienst, a.a.O.

<sup>3</sup> Vgl. Frank Umbach, Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Orientierung Weißrußlands, in: Osteuropa, Nr. 3/1994, S. 242-255.

<sup>4</sup> Vgl. Ole Diehl, Eng an Moskau angelehnt, in: Information für die Truppe, Nr. 1/1994, S. 62-67.

<sup>5</sup> Insofern ist auch der optimistische Vision weißrussischer Experten zur Neutralität des Landes Skepsis gegenüber angebracht. Zu dieser Vision vgl. Ural Latypov, Neutrality as a Factor in Belorussian Security Policy, in: European Security, Nr. 3/1994, S. 552-566.

Aufbau der jungen weißrussischen Armee "lebensnotwendig" sei, sprechen eine deutliche Sprache.<sup>1</sup> Anlässlich des Tages der Vaterlandsverteidiger und Streitkräfte ging er noch einen Schritt weiter und zog den neutralen Status seines Landes auch offiziell in Zweifel. Er sprach sich - ohne dieses näher zu definieren - für die Schaffung eines neuen Systems der nationalen Sicherheit aus und kündigte zugleich an, eine neue Militärdoktrin Weißrußlands ausarbeiten zu lassen.<sup>2</sup>

Faktisch ist Belarus bereits heute eine Art militärischer Koalition mit Rußland eingegangen, die durch den im April 1993 ratifizierten bilateralen Vertrag über militärische Kooperation formal begründet ist. Der nach zeitweilig heftigen innenpolitischen Widerständen der nationalen Kräfte mit wesentlichen Einschränkungen<sup>3</sup> vollzogene Beitritt zum Vertrag über kollektive Sicherheit war deutlich ein weiterer Schritt hin zu einer engen militärpolitischen Union mit Rußland<sup>4</sup>. Dieser hat durch die am 21. Februar 1995 unterzeichneten Dokumente "über Freundschaft, gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit" sowie einen gemeinsamen Grenzschutz sowohl eine Abrundung als auch Vertiefung erfahren.<sup>5</sup> Kritisch ist die in diesem Zusammenhang gemachte Ankündigung zu betrachten, Belarus werde aus ökonomischen, aber auch aus sicherheitspolitischen Gründen ("drohende" NATO-Osterweiterung!) die weitere Umsetzung der Abrüstung, die der KSE-Vertrag gebietet, stoppen.<sup>6</sup>

Die von Belarus angestrebten militärpolitischen Strukturen weisen deutliche Ähnlichkeiten zu ehemals sowjetischen, jetzt russischen Denkansätzen auf. Der Aufbau nationaler Streitkräfte soll rein defensiv ausgerichtet sein und sich am Prinzip "vernünftiger Hinlänglichkeit" orientieren. Die Struktur der Streitkräfte soll sowohl die Voraussetzungen für wirksame Abschreckung wie auch aktive Bekämpfung einer Aggression bieten. Das Schwergewicht wird auf den Aufbau kleiner, schlagkräftiger, mobiler Gruppierungen gelegt, die zu einer raschen Verteidigung in allen Richtungen befähigt sind. Hierzu sollen "Truppen ständiger Bereitschaft", "mobile Kräfte" und "Reservekräfte" bereitgehalten werden, deren Gesamtstärke zunächst 75.000 Mann, bis zum Jahre 2002 dann nur noch 45.000 Mann umfassen soll. Für 1995 ist die Vereinigung der Luft- und Luftverteidigungsstreitkräfte vorgesehen.<sup>7</sup> Glaubwürdige Abschreckung soll bis zu dessen Abzug durch das russische Nuklearpotential im Lande, danach durch den de-facto Nuklearschirm Rußlands gewährleistet werden.<sup>8</sup>

### *2.3 Der Ist-Zustand militärischer Strukturen der nichtrussischen NFSU*

Die Betrachtung der Entwicklung und des Zustands der militärischen Strukturen der NFSU zeigt,

<sup>1</sup> Vgl. Belinform-TASS v. 23.2.1995, wiedergegeben in: FHS, 24.2.1995, S. 20.

<sup>2</sup> Vgl. INTERFAX-Meldung, wiedergegeben in: FHS, 24.2.1995, S. 23.

<sup>3</sup> Insbesondere waren dies: der Einsatz belorussischer Truppen außerhalb der Staatsgrenzen und die Stationierung fremder Truppen in Belarus nur mit Zustimmung des Parlaments sowie der Beitritt vorerst nur bis zum endgültigen Abzug der strategischen Nuklearwaffen. Vgl. Umbach, a.a.O.

<sup>4</sup> Zur Beitrittsdiskussion vgl. u.a. Latypov, a.a.O.

<sup>5</sup> Vgl. Belinform-Meldung, wiedergegeben in: FHS, 22.2.1995, S. 11.

<sup>6</sup> Vgl. INTERFAX-Meldungen, wiedergegeben in: FHS, 24.2.1995, S. 23, und FHS, 28.2.1995, S. 15.

<sup>7</sup> Vgl. Generalleutnant Leonid Maltsev, stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef der belarussischen Streitkräfte, wiedergegeben in: SWB, SU/2194, 6.1.1995, S. S1/1f.

<sup>8</sup> Vgl. Richard Woff, The Armed Forces of Belarus (Belarus...), in: Jane's Intelligence Review, Nr. 1/1995, S. 19-22, sowie Trenin, a.a.O.

daß alle Staaten trotz unterschiedlicher Ausgangslagen und Rahmenbedingungen mit den im Kern gleichen Problemen zu kämpfen haben. Alle neuen unabhängigen Staaten konnten und mußten sich auf das ererbte Militärpotential der Sowjetarmee abstützen, das sich jedoch für die jeweiligen nationalen sicherheitspolitischen Zielsetzungen als unterschiedlich wertvoll erwies. Vor allem den zentralasiatischen und den transkaukasischen Nachfolgestaaten bot es nur begrenzte Möglichkeiten zum Aufbau nationaler Strukturen. Fehlendes nationales Führungs- und Fachpersonal mit ausreichender Erfahrung und Ausbildung zählt dabei - mit Ausnahme der Ukraine und mit Abstrichen von Belarus - zu den in allen nichtrussischen NFSU am schmerzlichsten verspürten Defiziten, die auch bis zum heutigen Tag nicht spürbar verbessert werden konnten. Fehlende oder unzureichende militärische Infrastruktur im Lande, dürftige Ausbildungs- und Übungsmittel sowie beschränkte nationale Wartungs-, Instandsetzungs- und Rüstungskapazitäten stellen ein weiteres, bis heute in allen nichtrussischen NFSU durch nationale Ansätze nicht zu beseitigendes Problem dar. Desweiteren war das ererbte militärische Potential für die militärpolitischen Bedürfnisse der Erben zumeist unzweckmäßig disloziert und strukturiert.<sup>1</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen und Probleme zugleich haben innerstaatliche Instabilitäten und Krisen in Verbindung mit den allgegenwärtigen, gravierenden ökonomischen Schwierigkeiten dazu geführt, daß die geschaffenen nationalen Militärstrukturen sich in allen NFSU größtenteils in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand befinden. Die Einsatzbereitschaft militärischer Formationen ist in allen Staaten eher gering. Ausnahmen stellen meist nur wenige, vorwiegend für die Sicherung innerer Stabilität und den Machterhalt der derzeit Herrschenden oder wie in Rußland für spezifische Kriseneinsätze oder strategische Aufgaben vorgesehene Truppenteile dar. Geringe Wehrwilligkeit, sinkende Moral und Disziplin, eine sich spürbar verschlechternde, innerstaatliches Konfliktpotential schaffende soziale Lage der Streitkräfteangehörigen sowie gravierende Rekrutierungsprobleme auf allen Ebenen kennzeichnen ausnahmslos den Zustand der nationalen Streitkräfte. Wartungsprobleme, zunehmende Versorgungsschwierigkeiten der Truppe und drastisch defizitäre Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten treten erschwerend hinzu. Fehlende Finanzmittel beeinträchtigen in allen Staaten nicht nur die Beseitigung dieser Mißstände, sie lassen auch weder kurz- noch mittelfristig großen Raum für die Umsetzung der geplanten konzeptionellen Änderungen. Geringe Einsatzbereitschaften werden auf absehbare Zeit ebenso Realität bleiben wie die trotz formal eingeleiteter Kooperationen mit Staaten außerhalb der GUS meist alternativlosen Abhängigkeiten von russischem Know-how, russischer Planungs- und Ausrüstungshilfe sowie russischer Unterstützung im Bereich der Ausbildung und Technik. Selbst bei der in weiten Bereichen halbwegs autarken Ukraine läßt allein die hohe ethnisch russische Durchsetzung des Offizierskorps die Einsatzbereitschaft ihrer nationalen Streitkräfte insbesondere im Falle möglicher Spannungen mit Rußland fraglich erscheinen.<sup>2</sup> Rußland wird zudem - egal ob formal abgesichert oder nicht - insbesondere für die Nachfolgestaaten Zentralasiens und des Transkaukasus alternativloser Garant und

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu u.a. Stephen Foye, The Armed Forces of the CIS: Legacies and Strategies, in: RFE/RL-Research Report, Nr. 1/1993, S. 18-21, sowie Allison, a.a.O.

<sup>2</sup> Vgl. Bohdan Pyskir, The Silent Coup: The Building of Ukraine's Military, in: European Security, Nr. 1/ 1993, S. 140-161, hier insb. Fußnote 56, sowie Alexander Zhilin, Rust eats away not only armour, in: Moscow News, Nr. 6/1994, S. 5. Der ukrainische Generalstabschef, Anatolii Lopatin, gab an, daß noch 1994 das Offizierskorps der ukrainischen Raketenruppen etwa zur Hälfte aus russischen Staatsbürgern bestand. Vgl. Focus, Nr. 8/1994, S. 184-187.

vorrangige Bestimmungsgröße nationaler Sicherheit bleiben. Diese, in den einzelnen NFSU graduell zwar unterschiedlichen, aber faktisch überall existenten Abhängigkeiten werden auch zukünftig zusammen mit der konkreten Ausgestaltung russischer Politik die zentralen Bestimmungsgrößen der militärpolitischen Entwicklung in den NFSU bilden. Diese Erkenntnis hat wesentlich dazu beigetragen, militärpolitische Euphorie und Optimismus in den NFSU zunehmend durch Realitäts-sinn und Pragmatismus zu ersetzen.

Selbst die hinsichtlich des ererbten Potentials am besten gestellte und im Aufbau nationaler militärpolitischer Strukturen am weitesten fortgeschrittene *Ukraine* mußte erkennen, daß sie - zu-mindest wenn sie die wirtschaftliche Konsolidierung ernst nimmt - auf viele Jahre hinaus die für eine tiefgreifende Änderung der gegenwärtigen Kräftestruktur und Dislozierung erforderlichen Ressourcen nicht aufbringen können wird. Vorrang werden angesichts der beschriebenen Mißstände Maßnahmen zur Festigung der Einsatzbereitschaft und des sozialen Friedens in den Streitkräften haben müssen. Wenngleich vereinzelte Konsolidierungserfolge erzielt werden konnten,<sup>2</sup> mußten ehrgeizigere Reformpläne, wie die sprachliche und personelle Nationalisierung der Armee, verlangsamt oder sogar ganz gestoppt werden.<sup>3</sup> Obwohl insbesondere durch die ungeklärte Abwicklung der Aufteilung der Schwarzmeerflotte die militärpolitischen Beziehungen zu Rußland noch immer angespannt sind, zeigt sich zumindest im Rüstungsbereich eine zunehmende Kooperationsbereitschaft, die sich auch in der Ernennung eines zivilen, aus dem Bereich der Rüstungsindustrie stammenden Verteidigungsministers - des ersten zivilen Dienstposteninhabers in den GUS-Staaten überhaupt - widerspiegelt.<sup>4</sup> Inzwischen werden sogar Stimmen laut, die sich die Ukraine als Teil eines gemeinsamen GUS-Luftverteidigungssystems vorstellen können.<sup>5</sup>

*Belarus* hofft trotz der derzeit gravierenden Probleme und geringen Einsatzbereitschaft seiner Armee durch den eingeschlagenen Weg enger Militärbeziehungen zu Rußland, mittelfristig starke, wenn auch nicht völlig autonome Streitkräfte unterhalten und im Verbund mit Rußland seine Sicherheit gewährleisten zu können. Die Schaffung echt autonomer nationaler Streitkräfte, die eine derzeit nicht nachgefragte potentielle Abnabelung von Moskau unterstützen könnten, würde u.a. eine wesentliche

---

<sup>1</sup> Die Hauptprobleme liegen im Bereich der Disziplin, der personellen Rekrutierung, der Wartung und Instandsetzung sowie der sozialen Versorgung der Soldaten. Vgl. z.B. SWB, SU/2145, 5.11.1994, S. S1/3; SU/2166, 30.11.1994, S. S1/2; SU/2168, 2.12.1994, S. S1/2; SU/2172, 7.12.1994, S. S1/2; SU/2178, 14.12. 1994, S. S1/3; SU/2182, 19.12.1994, S. S1/1.

<sup>2</sup> Vgl. SWB, SU/2209, 16.1.1995, S. S1/3, sowie SU/2184, 21.12.1994, S. S1/2.

<sup>3</sup> Vgl. *Nezavisimaja gazeta*, 9.11.1994, S. 3, wiedergegeben in: SWB, SU 2150, 11.11.1994, S. S1/3.

<sup>4</sup> Vgl. Valeri Šmarovs Äußerungen zu seiner beabsichtigten Amtsführung in: FHS, 29.8.1994, S. 41, sowie *Süddeutsche Zeitung*, 29.8.1994, S. 6.

<sup>5</sup> So erklärte der Befehlshaber der ukrainischen Luftverteidigung, Generalleutnant Michail Lopatin, am 20.2. 1995: "...die Schaffung eines einheitlichen Systems der Luftverteidigung der Länder der GUS widerspricht in keiner Weise der Souveränität des Staates und verletzt seinen blockfreien Status nicht..." Vgl. ITAR-TASS Interview, wiedergegeben in: FHS, 21.2.1995, S. 15. Präsident Leonid Kučma zeigte sich sogar überzeugt, daß sich die Ukraine an der Schaffung eines GUS-Luftabwehrsystems beteiligen werde. Vgl. INTERFAX-UKRAINA, wiedergegeben in: FHS, 13.2.1995, S. 14.

<sup>6</sup> Hauptprobleme sind die unzureichenden finanziellen Mittel, die sich in Versorgungs-, Wartungs- und Ausbildungsschwierigkeiten sowie in sozialen Unzufriedenheiten niederschlagen. Rekrutierungsprobleme gerade im Bereich des Offiziersnachwuchses stellen eine zentrale Sorge für das belarussische Militärestablishment dar. Vgl. z.B. SWB, SU/2100, 14.9.1994, S. S1/4; SU/2122, 10.10.1994, S. 1/3f; SU/2147, 8.11.1994, S. S1/6 und SU/2158, 21.11.1994, S. S1/2-5. Siehe auch Woff, *Belarus...*, S. 19-22.

Umstrukturierung und Umdislozierung des "ererbten" Verteidigungssystems erfordern. Hierzu fehlen den Militärpolitikern sowohl die erforderlichen Ressourcen als auch der politisch und militärische Wille. Zudem würde die fortgesetzte militärische Verbindung mit Rußland es jedem belarussischen militärischen Oberkommando schwer machen, spezifische Verteidigungspläne und -strukturen für die Ostgrenze zu Rußland zu entwickeln.

*Moldawien*, das die Existenz nationaler Streitkräfte als sine qua non seines politischen Überlebens sieht, ist vorrangig infolge der ungelösten Krisen um Transdnjestr beim Aufbau nationaler Streitkräfte noch nicht sehr weit fortgeschritten. Es konnte entgegen ursprünglicher Vereinbarungen nur die auf dem rechtem Dnjestr-Ufer dislozierten ehemals sowjetischen Truppen "nationalisieren". Die auf dem linken Ufer stationierte 14. Armee blieb zur Gänze russisch und wurde in der Folgezeit wesentliches, bis heute wirkendes Element in den transdnjestrtschen Sezessionsbestrebungen.<sup>1</sup> Da selbst im Falle eines planmäßigen Abzugs der 14. Armee deren Potential nicht vollständig in moldawische Hände übergehen wird,<sup>2</sup> wird Kischinow auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, professionelle, gut gerüstete nationale Streitkräfte aufzubauen.<sup>3</sup> Gleiches gilt für die transkaukasischen Staaten, deren direktes und/oder indirektes militärisches Engagement in den Konflikten der Region den Aufbau einheitlicher nationaler Streitkräfte nicht über ein Anfangsstadium hat hinauskommen lassen. Insbesondere in *Aserbaidschan*, aber auch in *Georgien* konnte die Kontrolle der zahlreichen paramilitärischen Kräfte im Lande und deren Transformierung in effektive nationale Streitkräfte noch nicht verläßlich abgeschlossen werden. Zudem mußten die Armeen beider Staaten in den Kämpfen um Nagornyj Karabach bzw. Abchasien empfindliche militärische Niederlagen hinnehmen. Während Georgien dank russischer Befriedung und Hilfe erkennbar Konsolidierungsschritte einzuleiten beginnt,<sup>4</sup> sind die Streitkräfte Aserbaidschans nach wie vor von einem großen organisatorischen Chaos, weitgehender Konzeptionslosigkeit und sehr geringer Einsatzbereitschaft gekennzeichnet.<sup>5</sup> Verbesserungen sind höchstens in der Hoffnung möglicher Erdölerträge sowie sicherlich erst nach Beendigung des Konfliktes mit Armenien zu erwarten. *Armenien* wird, um seine Streitkräfte wenigstens halbwegs einsatzbereit halten zu können, auf lange Zeit noch auf die Kooperation mit Rußland angewiesen sein.<sup>6</sup>

Von den ZAS boten sich *Usbekistan* die besten Ausgangsbedingungen, konnte es doch beim Aufbau nationaler Streitkräfte auf das im Lande befindliche, weitgehend homogene und ausgewogene Poten-

---

<sup>1</sup> Vgl. Stephen Bowers, The Dniester Republic - Further Insights, in: Jane's Intelligence Review, Nr. 12/1994, S. 562-564.

<sup>2</sup> Vgl. die Artikel von Svetlana Gamova in: Izvestija, 12.8.1994, S. 2, und Pavel Felgengauer, in: Segodnja, 12.8.1994, S. 2, wiedergegeben in: The Current Digest, Nr. 32/1994, S. 15f.

<sup>3</sup> Derzeit bereiten die Rekrutierung von Offizieren und geeigneten Spezialisten, die Versorgung sowie die ungeeignete Ausrüstung der Truppe die größten Probleme. Vgl. SWB, SU/2147, 8.11.1994, S. S1/5f, sowie Iwlew, a.a.O., S. 173ff.

<sup>4</sup> Vgl. Richard Woff, Update..., S. 559-561.

<sup>5</sup> Vgl. Richard Woff, Azerbaidjan..., S. 459-462. Ein bezeichnendes Bild liefern die bewaffneten innenpolitischen Auseinandersetzungen Anfang Oktober 1994 in Baku und Gjandscha, an denen auch Polizei- und Militärkräfte beteiligt gewesen sein sollen. Vgl. die Berichterstattung in SWB, SU/2116-2123, 2.-11.10. 1994, Kap. F.

<sup>6</sup> Hauptproblem der armenischen Streitkräfte scheint derzeit die umfangreiche Wehrdienstentziehung und damit verbunden die personelle Auffüllung der Truppe zu sein. Vgl. die Ausführungen des armenischen Verteidigungsministers, Wasgen Sarkisjan, wiedergegeben in: SWB, SU/2138, 28.10.1994, S. S1/5. Siehe auch Woff, Armenia..., S 287-391.

tial des ehemaligen Militärbezirks Turkestan zurückgreifen. Im Zusammenspiel mit umfänglicher, vor allem auch personeller Hilfe Rußlands bot dies die Grundlage, daß Usbekistan heute trotz auch hier bestehender ökonomischer Probleme die effizientesten Streitkräfte aller fünf zentralasiatischen Nachfolgestaaten vorweisen kann.<sup>1</sup> Auch *Kasachstan* konnte teilweise mit bedeutender russischer Unterstützung Fortschritte beim Aufbau militärischer Strukturen erzielen, sieht sich aber trotz beträchtlicher Bemühungen einem angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten des Landes alleine und in Kürze kaum zu bewältigenden Problemberg gegenüber.<sup>2</sup> Kasachstan scheint entschlossen, einen Teil dieses dadurch lösen zu wollen, daß es trotz des gesetzlichen Verbots, ausländische Militärstützpunkte in Kasachstan zu errichten, Rußland gegen wirtschaftliche und militärpolitische Unterstützung weitgehende Nutzungs- und Kontrollrechte der vielfältigen militärischen Testeinrichtungen im Lande einräumen will.<sup>3</sup> Bedeutsamer und folgenschwerer sind die Vereinbarungen, nationale militärpolitische Souveränitäten aufzugeben und gemeinsam mit Rußland, vereinte Streitkräfte aufzubauen.<sup>4</sup> *Turkmenistan*, das im wesentlichen aufgrund russischer ökonomischer Vorbehalte von dem Konzept gemeinsam geführter Streitkräfte abgehen mußte und seit Anfang 1994 die bereits nationalisierten Truppenteile alleinverantwortlich zu finanzieren und zu versorgen hat, kann ebenso wie *Kirgistan* und das kriegsgeplagte *Tadschikistan* nur auf rudimentär entwickelte, ohne russische Hilfe kaum führ- und einsetzbare nationale Streitkräfte zurückgreifen, deren Hauptaufgabe im Schutz staatlicher Einrichtungen sowie der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung besteht.<sup>5</sup> Kasachstan, Usbekistan und eventuell Turkmenistan scheinen in der Lage mittelfristig kleine, halbprofessionelle, einsatzfähige Streitkräfte aufbauen zu können. Diese werden zwar immer noch stark von russischer Hilfe und Kooperation abhängig sein, könnten aber zumindest eine Teilautonomie gewährleisten. Tadschikistan und Kirgistan dagegen steht wohl nur der Weg offen, militärpolitisch gänzlich von Rußland abhängig zu bleiben und eigenen Ambitionen auf das Maß bescheidener Nationalgarden zu beschränken.

### **3. Die nationalen militärpolitischen Entwicklungen der nichtrussischen NFSU - ein Fazit**

Die begonnene Herausbildung nationaler Militärpolitik und vor allem militärischer Strukturen ist in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich weit fortgeschritten. Eher selten durch klar erkennbare und konsequent umgesetzte Konzeptionen gekennzeichnet hat sie vor allem in den nicht-russischen Staaten bis zum heutigen Tage vorrangig deklaratorischen Charakter. Die nationalen Militärpolitiken reflektieren deutlich den noch nicht abgeschlossenen Prozeß staatlicher Selbstfindung und der Einordnung in die internationale Gemeinschaft. Akute innerstaatliche und/oder zwischenstaatliche Krisen erzwingen in fast allen NFSU die vorrangige Konzentration auf die kurzfristige Bewältigung dieser und behindern so die Entwicklung durchdachter militär-

---

<sup>1</sup> Vgl. Richard Woff, *Independence...*, a.a.O.. Siehe auch SWB, SU/2122, 10.10.1994, S. S1/4.

<sup>2</sup> Vgl. die Hinweise des kasachischen Präsidenten, Nursultan Nasarbaev, wiedergegeben in: SWB, SU/2192, 4.1.1995, S. S1/4.

<sup>3</sup> Vgl. Shirin Akiner, *Soviet Military Legacy in Kazakhstan*, in: *Jane's Intelligence Review*, Nr. 12/1994, S. 552-555.

<sup>4</sup> Vgl. S. 17 dieses Berichts.

<sup>5</sup> Vgl. Woff, *Turkmenistan...*, sowie ders., *Kyrgyztan...*

politischer Konzeptionen. Gemeinsam ist allen nationalen militärpolitischen Bestrebungen jedoch eine weitverbreitete Überschätzung nationaler Möglichkeiten, die sich vorrangig in den Prinzipien und Zielgrößen der nationalen Streitkräfteplanungen widerspiegelt.<sup>1</sup> Diese überzogenen Vorstellungen sind im wesentlichen Folge nationaler Empfindungen, weitreichender Bedrohungsperzeptionen und einer gewissen (militär-)politischen Naivität und Unerfahrenheit, aber auch falsch perzipierter westlicher Fähigkeit und Bereitschaft zu substantieller Hilfe. Sie erfahren erst derzeit unter dem Zwang der ökonomischen Fakten und einer damit verbundenen realistischeren Betrachtung der eigenen (Un-)Möglichkeiten eine, wenn auch zögerliche Anpassung nach unten. Die Erkenntnis, daß ökonomische Beschränkungen auch zukünftig eine, wenn nicht die wesentliche Bestimmungsgröße nationaler militärpolitischer Entwicklungen sein werden, beginnt ebenso Raum zu gewinnen, wie die Einsicht, daß die militärpolitischen Beziehungen zu Rußland die Schlüsselfrage jedweder nationalen Militärpolitik der NFSU sind. Rußland, seinem Potential, seiner Politik und seiner Entwicklung kommt in allen Bereichen nationaler Militärpolitik der NFSU zentrale Bedeutung zu. Rußland - und das macht die Ausrichtung der Militärpolitiken der anderen NFSU zu einer Gratwanderung - ist dabei oftmals sowohl Element wahrgenommener Bedrohungen als auch zentraler Bestandteil eigener militärpolitischer Kooperationskonzepte. Moskaus Militärpolitik bedarf somit einer eigenständigen, gründlichen Betrachtung.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. die Übersichten in den Tabellen 2 und 3 im Anhang dieses Berichts.

<sup>2</sup> Diese Untersuchung ist zentraler Gegenstand des Teils II dieses Berichtes (Berichte des BIOst, 1995).



## Anhang

Tabelle 1

Die Aufteilung des sowjetischen Erbes (Aufteilung der KSE-Obergrenzen gem. Übereinkunft v. 15.5.1992/ <i>Ist-Bestand Anfang 1993</i> )						
	Personal- stärke in Tsd.	Kampf- panzer	gepanzerte In- fantriegefechts- fahrzeuge	Artilleri- esysteme	Kampf- flugzeuge	bewaffnete Hubschrauber
Armenien	15	220 210	220 450	285 330	100 -	50 10
Aserbaidshan	12	220 310	220 900	285 350	100 -	50 5
Belarus	133	1800 3800	2600 4400	1615 1300	260 625	80 440
Georgien	20	220 230	220 210	285 160	100 -	50 -
Kasachstan	50	keine* 4700	keine* 5900	keine* 7800	keine* 350	keine* 300

Kirgistan	??	keine* 260	keine* 350	keine* 270	keine* -	keine* 40
Moldawien	10-15	210 -	210 160	250 130	50 -	50 -
Rußland	1900	6400 >31500	11480 >30800	6415 >37000	3450 >4100	800 >2850
Tadschikistan	??	keine* ??	keine* ??	keine* ??	keine* ??	keine* ??
Turkmenistan	27	keine* 880	keine* 1800	keine* 900	keine* 170	keine* -
Ukraine	500	4080 6400	5050 8100	4040 4100	1090 1300	330 1200
Usbekistan	??	keine* 5600	keine* 2700	keine* 1550	keine* 190	keine* 190

Anm.: Die Zahlenangaben zu den Ist-Stärken Anfang 1993 basieren auf IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Nr. 9/1993, S. 5. Die KSE-Obergrenzen sind dem Protokoll von Taschkent vom 15.5.1992 zu entnehmen. Übersetzter Abdruck in SIPRI, Yearbook 1993, S. 672 ff.

\* Keine Obergrenzen, da außerhalb des KSE-Vertragsgebietes.

Tabelle 2

Militärpolitische konzeptionelle Vorstellungen
--

	Mitglied GUS VKS*	Militärdoktrin	Planungsschwerpunkte
Armenien	21.12.1991 15.05.1992	keine Angaben bekannt	Berufsarmee; Mobilität; bewegliche Kampfführung
Aserbaidshan	24.09.1993 29.09.1993	keine Angaben bekannt	Mischrekrutierung; Kern hochmobiler Verbände
Belarus	21.12.1991 31.12.1993	ratifiziert	Mischrekrutierung; hoch mobile Eingreifkräfte; Rundumverteidigung
Georgien	09.10.1993 29.09.1993	im Entwurf	Berufsarmee
Kasachstan	21.12.1991 15.05.1992	im Entwurf	Mischrekrutierung; Kern hochmobiler Verbände; gemeinsame Truppen mit RF
Kirgistan	21.12.1991 15.05.1992	im Entwurf	kaum Planungen bekannt; Guerillataktiken
Moldawien	08.04.1994 -	ratifiziert	aktiver Kern mit hohem Mobilisie- rungspotential; Mobilität
Rußland	21.12.1991 15.05.1992	ratifiziert	Mischrekrutierung; hochmobile Eingreifkräfte; bewegliche Verteidigung; externe Dislozierung; nukleare Mittel;

			Peacekeeping
Tadschikistan	21.12.1991 <i>15.05.1992</i>	keine Angaben bekannt	keine Detailplanungen bekannt
Turkmenistan	21.12.1991 -	keine Angaben bekannt	starke Abstützung auf russische Truppen
Ukraine	21.12.1991 -	ratifiziert	Berufsarmee; hohe Mobilität; Rundumverteidigung; Betonung Luftmacht
Usbekistan	21.12.1991 <i>15.05.1992</i>	ratifiziert	Mischrekrutierung; mobile Operationsführung

\* VKS = Vertrag über kollektive Sicherheit.

Anm.: Die Angaben basieren auf unterschiedlichen westlichen und russischen Quellen.

# Militärpolitische konzeptionelle Vorstellungen

	geplanter Personalumfang in Tsd. bis (Planung 1992)		geplante Teilstreitkräfte				
			H	L	LV	M	NG
Armenien	30	1998	x	x	x	-	-
Aserbaidshan	30 (100)	?	x	x	-	x	x
Belarus	45  (90)	2002	x	x	x	-	-

Georgien	18 (55)	1997	x	x	-	x	x	
Kasachstan	50	1998	x	x	x	x	x	
Kirgistan	8	?	x	x	-	-	x	
Moldawien	20 (15)	1995	x	x	-	-	-	
Rußland	1500	1997	x	x	x	x	-	
				( + strat. Raketentruppen)				
				nach 2000 (umstritten):				

			x	x	x	-	-
Tadschikistan	20	2002	x	?	?	-	?
Turkmenistan	40	?	x	x	x	x	-
Ukraine	250 (450)	2000	x	x	x	x	-
Usbekistan	35	?	x	x	x	-	x

H = Landstreitkräfte

L = Luftstreitkräfte

LV = separate Luftverteidigungsstreitkräfte

M = Marine-/Küstenschutzstreitkräfte

NG = Nationalgarde

Anm.: Die Angaben basieren auf unterschiedlichen westlichen und russischen Quellen.

Tabelle 4

Militärpolitische Lage der NFSU							
	Personalstärke (in Tsd.)	russ. Truppen (in Tsd.)	P	G	A	F	H
Armenien	10-15	5	129 <i>180</i>	225 <i>240</i>	225 <i>130</i>	6 -	13 7
Aserbaidshan	60	1	279 <i>220</i>	320 <i>220</i>	354 <i>285</i>	53 <i>100</i>	6 <i>50</i>
Belarus	90	9-15	3108 <i>1800</i>	2386 <i>2600</i>	1584 <i>1600</i>	378 <i>700</i>	78 <i>80</i>
Georgien	11	5-18	41	70	7	2	1
Kasachstan	50-150	1	1100 <i>1200</i>	- <i>1500</i>	1850 -	178 <i>370</i>	48 <i>25</i>
Kirgistan	11-14	2-3	204 <i>30</i>	277 <i>75</i>	216 -	133 <i>250</i>	- -
Moldawien	10	7-8	0	56	138	31	0



Rußland	< 1500	-	18716 <i>6400</i>	- <i>11480</i>	18775 <i>8415</i>	3295 <i>3450</i>	1001 <i>890</i>
Tadschikistan	10	11-24	180	-	185	0	0
Turkmenistan	25-100	15	570 <i>750</i>	288 <i>1400</i>	330 <i>250</i>	165 <i>-</i>	0 <i>-</i>
Ukraine	500-700	15-50	4390 <i>4000</i>	3026 <i>5000</i>	3700 <i>4000</i>	1450 <i>1900</i>	270 <i>320</i>
Usbekistan	18	5-12	125 <i>280</i>	700 <i>780</i>	510 <i>-</i>	142 <i>265</i>	50 <i>24</i>

P = Kampfpanzer

G = gepanzerte Infantriegefechtsfahrzeuge

A = Artilleriesysteme

F = Kampfflugzeuge

H = bewaffnete Hubschrauber

Anm.: Die Angaben wurden aus verschiedenen westlichen und russischen Quellen zusammengestellt. Die Zahlenangaben zu den Waffensystemen basieren auf den in Umsetzung der KSE-Vertragsvereinbarungen gemeldeten Daten zum 1.1.1994 (Quelle: IISS - The Military Balance 1994-1995). Die Zahlenangaben in Kursivschrift basieren auf nicht überprüfbaren, aktuelleren Zahlen russischer Medien (Quelle: TV-6 Moskau, 19.11.1994; Moskovskij Novosti, 27.2.1994)

Tabelle 5

Die NFSU und die GUS			
Vertragsart	Gründungsvertrag der GUS vom 21.12.1991	Satzung der GUS vom 22.1.1993	Vertrag über kollektive Sicherheit vom 15.5.1992
Armenien	x	Entschließung unterzeichnet/ Ratifizierung noch offen	x
Aserbaidtschan	x (24.09.1993 Wiedereintritt)	x	x (September 1993)
Belarus	x	Entschließung unterzeichnet/ Ratifizierung noch offen	x (Dezember 1993)
Georgien	x (09.10.1993)	x	x (September 1993)
Kasachstan	x	x	x
Kirgistan	x	Entschließung unterzeichnet/ Ratifizierung noch offen	x
Moldawien	x (08.04.1994)	x	-
Rußland	x	x	x

Tadschikistan	x	x	x
Turkmenistan	x	-	-
Ukraine	x	-	-
Usbekistan	x	Entschließung unterzeichnet/ Ratifizierung noch offen	x

Quellen: Die Aufstellung basiert auf einem Aufsatz von Boris Meissner, Das politische Paktsystem innerhalb der GUS, in: Reader Sicherheitspolitik (Beilage zur Information für die Truppe, Nr. 2/1995) sowie diversen Medienberichten.

Tabelle 6

Militärpolitisch relevante bilaterale Verträge Rußlands mit den anderen NFSU					
Vertragsart	1	2	3	4	5
Armenien	-	29.12.1995	-	x	x
Aserbaidshan	-	15.10.1992	-	x	in Verhandlung
Belarus	-	-	21.02.1995	x	x
Georgien	-	-	03.02.1994	x	x
Kasachstan	25.05.1992	-	-	x	x
Kirgistan	10.06.1992	-	-	x	x
Moldawien	-	-	-	x	-

Tadschikistan	25.05.1993	-	31.08.1992	x	x
Turkmenistan	-	-	31.07.1992	x	x
Ukraine	-	-	in Verhandlung	x	-
Usbekistan	-	-	30.05.1992	x	?

Vertragsarten:

- 1 = Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (beinhaltet Bekenntnis zum gemeinsamen strategischen Raum sowie eine Beistandsklausel ohne Automatismus)
- 2 = Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Sicherheit (beinhaltet militärische Kooperation, aber keine Beistandspflicht)
- 3 = Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit (beinhaltet militärische Kooperation, aber keine Beistandspflicht)
- 4 = Militärabkommen (militärische Kooperation unterschiedlichster Art und Intensität)
- 5 = Grenzschutzabkommen (die entweder gemeinsame Grenzsicherung oder Sicherung durch russische Kräfte vorsehen)

Quellen: Die Aufstellung basiert auf einem Aufsatz von Boris Meissner, Das politische Paktsystem innerhalb der GUS, in: Reader Sicherheitspolitik (Beilage zur Information für die Truppe, Nr. 2/1995), einem Artikel des Oberbefehlshabers der russischen Grenztruppen in: Graniëa, Nr. 1/1994 sowie diversen Medienberichten.

**Heinrich Tiller**

**The Evolution of Military Policy in the Successor States to the Former Soviet Union (Part I)**

Bericht des BIOst Nr. 24/1995

Summary

**Introductory Remarks**

*The unstoppable disintegration of the Soviet Union following the unsuccessful coup of August 1991 took the political and military leaderships of the successor states to the former Soviet Union (SSSU) largely by surprise - politically, institutionally and psychologically. Especially in the military field, many found it very difficult to comprehend the new realities and to meet the challenges deriving from the reorientation of state politics. The SSSU may have embarked upon a path towards establishing national armed forces and defining a new identity in terms of military policy, but they are still far from reaching their destination.*<sup>1</sup> Instead, the road is potholed with constant struggles to come to terms with problem-ridden inherited military/political burdens on the one hand and the often ill-defined and variously interpreted needs of the future on the other. But in the light of the numerous crises and domestic instabilities on the territory of the former USSR, military issues and the armed forces are of special importance to the future course of development and to the success of the transformation processes taking place in this region.

Military-policy developments in the SSSU since these states achieved formal independence by no means represent a uniform process nor even one progressing roughly in the same direction. The orientations and the intensities of and the motivations behind military-policy activities not only differ widely in a comparison between the various states, they have also undergone major metamorphoses even within some of these countries. Against this background, the present analysis takes a look at the status of development of military policy on the territory of the former Soviet Union a good three years after the latter's disintegration. The aim is not to re-trace in detail all the activities that have taken place in all the successor states to the former Soviet Union, but rather to concentrate on relevant national and regional evolutions. The analysis attempts to identify the essential aspects of these evolutionary processes, to elucidate military planning and the parameters that have a major influence on it, and to point out problems encountered in the implementation of that planning. In the first part of the study, the focus is on national plans and evolutions in the non-Russian successor states.<sup>2</sup> The second part builds upon the first part and focusses primarily on Russia's military policy and on its repercussions on the other SSSU. The theme issues of the study are to what extent the

---

<sup>1</sup> The present study is based on an understanding of military policy as comprising those deliberations and activities on the part of a state that are directed towards developing, providing and evolving military resources, structures, procedures and relations with a view to ensuring the security of that state against threats from abroad.

<sup>2</sup> The Baltic states will not be dealt with in the following, as all have firmly rejected all proposals for cooperation within the framework of the CIS.

evolution of military policy in the various SSSU shows signs of continuity and to what extent it is geared towards disintegration, re-integration, or a new form of integration on the territory of the former Soviet Union. In the light of the fact that some observers have already detected signs of a re-integration of the former Soviet Union looming on the horizon<sup>3</sup>, while others consider it too early "... to see Moscow as the capital of a new Empire"<sup>4</sup>, the question as to possible future prospects for military policy in this region takes on cardinal importance.

## Findings

- 1. The majority of the SSSU were not able to refer back to their own national military traditions and structures in defining their new national military policy and building up military structures. Indeed, they launched upon this process even before any political consensus had been achieved on the nature of the threat to be countered, on the military structures required, nor on the configuration of future relations between the SSSU. In fact, the prime consideration was the perceived need to document their newly gained sovereignty as independent states also and especially in the military field. All the SSSU without exception began to build up their own national armed forces as the "supreme symbol of national independence". The centralized military system of Russian dominance during the Soviet era gave way, at least in theory and affirmation, to a course of emphatically national independence in military policy. Attempts to preserve a common military/strategic area and to establish armed forces united at least in part under a joint CIS supreme command ultimately failed due to opposition on the part of several successor states (in particular the Ukraine, Moldova, Georgia and Azerbaijan). Nevertheless, the agreements reached and forms of cooperation established within the framework of the CIS ultimately proved extremely helpful in preventing the uncontrolled collapse of the Soviet Army and in smoothing the way for the construction of national defence structures.*
- 2. Perceptions of threat as the basis for military planning are in many of the SSSU very diffuse and frequently the subject of domestic controversy. The ongoing armed conflicts and crises in and on the borders of the states of the former Soviet Union are regarded as the principal military risks and as the major factors determining national military policy. The existence of secessionist movements, potential territorial claims by other states, and attempts from outside to influence internal affairs, but also international terrorism, religious fundamentalism, and cross-border organised crime are all seen not only as a threat to domestic stability but also as a volatile source of military menace. Russia is frequently regarded - even if rarely in official political statements - both as an element of perceived threat and as a cardinal component of national designs for cooperation on military policy.*
- 3. The non-Russian SSSU have developed their military-policy conceptions to different levels of perfection<sup>5</sup>, but on the whole, all exhibit more or less serious deficits. National military policies clearly reflect the fact that these states have not yet completed the process of defining their own*

<sup>3</sup> Cf. Yuri Afanasev, Wie bewahrt man Frieden in Russland und Russland in der Weltgemeinschaft?, lecture delivered at the European Forum in Alpbach, 29.8.1994.

<sup>4</sup> Cf. Scheitern eines GUS-Grenzvertrages, in: Neue Züricher Zeitung, 12/13.2./1995, p. 3.

<sup>5</sup> For details cf. Table 2/3 in the Appendix to this Report.

identity as independent states and finding their place in the international community. In nearly all the SSSU, governments are having to concentrate primarily on finding short-term solutions to acute domestic and/or cross-border crises and have thus had little opportunity to evolve well-thought-out military-policy conceptions. A common feature of all national endeavours, however, is the widespread over-estimation of national capabilities that is reflected above all in the principles and objectives of national planning for the armed forces. Only recently have these exaggerated conceptions begun - albeit hesitantly - to be adjusted downwards, as more and more states are being forced to accept economic facts and, consequently, to adopt a more realistic appraisal of their own (in)capabilities. The realisation that economic constraints are going to continue to be one, if not the decisive factor determining the evolution of national military policy in the future, too, is beginning to gain ground, as is appreciation of the fact that relations with Russia are going to be the key to all national military policies pursued in and by the SSSU.

4. An examination of the current status of the military structures of the non-Russian SSSU reveals that, despite different starting positions and background conditions, all are confronted with essentially the same problems. Domestic instabilities and crises in conjunction with the omnipresent serious economic difficulties have meant that the national military structures set up in all the SSSU are by now in a poor to very poor condition. In all the states concerned, the operational readiness of the military formations is rather on the low side. Declining willingness to serve in the armed forces, deteriorating morale and discipline, a perceptible erosion of the social situation of the members of the armed forces to the point of creating domestic conflict potential, and serious recruitment problems at all levels are characteristic of the state of the armed forces in all the SSSU without exception. Maintenance problems, increasing difficulties in providing logistic supplies to the troops, and dramatic deficits in training and exercise facilities are further aggravating the situation. Lack of funds is not only hampering the elimination of the deficiencies in all the states concerned, it also leaves leeway for implementing the planned conceptual changes, whether in the short or in the medium term. Thus, low operational readiness will, for the foreseeable future, continue to be just as much a reality as will dependence upon Russian know-how, Russian assistance in planning and equipment procurement, and Russian support in the fields of training and technology. These dependencies, for which there is no alternative in sight, will, together with the concrete formulation of Russian policy from time to time, continue to be crucial parameters determining the evolution of military policy in the SSSU. This realisation has been a major factor in the accelerating trend away from euphoria and optimism and towards realism and pragmatism in military policy in the SSSU.



